Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 800,— M., auswärts 875,— M., die 5gespaltene Reklamezeile 1200,— M., auswärts 1500,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwiederleg. 90 M.

Nr. 48 | Dresden, Montag den 26. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Zuspitzung der Gegensätze

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:

Die Gewalttätigkeiten der französischen Besatzung im Ruhrgebiet werden im Verhältnis zu der Dauer der Aktion gesteigert. Nur noch in ganz wenigen Städten des neubesetzten Gebietes führen gegenwärtig Oberbürgermeister die Amtsgeschäfte, und selbst dort, wo das der Fall ist, wurde der größte Teil der höheren Beamtenschaft ausgewiesen oder verhaftet. Es gibt Gemeinden, deren Verwaltungsgeschäfte gegenwärtig ausschließlich von der unteren Beamtenschaft geführt werden. Aber auch vor der Ausweisung oder Verhaftung dieser unteren Beamtenkategorie ist man bisher nicht zurückgeschreckt. Wir könnten eine ganze Reihe von kommunalen Selbstverwaltungen aufzählen, deren Personal aus den Bureauräumen getrieben worden ist wie man das Vieh aus dem Stalle treibt, und wo daher jede Verwaltungsmaßnahme unmöglich gemacht wurde. Zu der systematischen Entsetzung der Gemeindeverbände von deutschen Beamten kommt die systematische Unterbindung der Meinungsfreiheit und die willkürliche Vorenthaltung der für unsre Gehalts- und Lohnempfänger bestimmten Gelder. Ein Blatt nach dem andern wird verboten, Geldtransport auf Geldtransport wird beschlagnahmt, und wir können in diesem Zusammenhang nicht umhin, der Reichsbank, die für diese Transporte verantwortlich ist, einen schweren Vorwurf für die Leichtfertigkeit zu machen, mit der die Beförderung ungeheurer Geldsummen bisher betrieben wurde. Am Sonnabend fielen den Franzosen auf der Kontrollstation Hengstey bei Hagen allein 15 Milliarden in die Finger, die für die Eisenbahnerschaft in dem von den Engländern besetzten Gebiet bestimmt waren. Wir glauben, daß es noch andre Möglichkeiten der Beförderung gibt, als die Benutzung eines Eisenbahnwagens dritter Klasse und erwarten, daß die Reichsbank in Zukunft von diesen Möglichkeiten Gebrauch macht.

In Frankreich suchen die französischen Agitatoren die kulturwidrigen Maßnahmen auf deutschem Gebiet mit „Gewaltakten der Deutschen" im besetzten und „militärischen Vorbereitungen" im unbesetzten Gebiet zu rechtfertigen. Sowohl für die eine wie für die andre Behauptung sind Unterlagen nicht vorhanden. Von Gewalttaten der Bevölkerung im besetzten Gebiet kann bisher trotz der Provokationen der Besatzung nicht die Rede sein, und ebenso gibt es im unbesetzten Deutschland keine „militärischen Vorbereitungen" in dem Sinne, wie sie die französische Presse schildert. Wir bestreiten nicht, daß es Verrückte in Deutschland gibt, die sich mit dem Gedanken eines neuen Revanchekrieges tragen und deshalb eifrig versuchen, im Einverständnis mit gewissen Kreisen der Reichswehr 88er und 98er Gewehre oder dergleichen für diese Zwecke zu sammeln. Auch ist nicht zu leugnen, daß diese Kreise den Versuch gemacht haben, in regelmäßigen Lehrgängen von drei bis vier Wochen unter der Leitung von Reichswehroffizieren Bauernsöhne aus bestimmten Kreisen militärisch auszubilden usw. Bisher aber ist es den Reichs- und Staatsbehörden gelungen, diesen Unfug nicht nur schnell aufzudecken, sondern ihm auch wirkungsvoll entgegenzutreten. Die deutschen Behörden finden bei ihren Maßnahmen gegen einen kleinen Teil Verrückte, die sich immer noch nicht damit abfinden können, daß wir den Krieg verloren haben und ein wehrloses Volk sind und deren Gedächtnis nur von heute auf morgen reicht, allgemeine Unterstützung. Angesichts der fortgesetzten wahnsinnigen Maßnahmen der französischen und belgischen Besatzung nimmt es aber nicht Wunder, wenn sich der Kreis der „Verrückten" langsam vergrößert!

Bei aller Zuspitzung der Gegensätze bleibt das Erfreuliche, daß sich auch in Frankreich die Stimmen mehren, die den Wahnsinn der französischen Aktion einsehen. Maßgebende Politiker, darunter der frühere Minister Loucheur, beginnen jetzt offen ihre Meinung über die „verfehlten Maßnahmen" zu äußern und sehen ein, daß schließlich nur der Weg der Verhandlungen übrig bleibt, der aus dem gegenwärtigen Elend herausführen kann. Aber nicht nur in Frankreich, sondern auch im übrigen Ausland mehren sich ähnliche Stimmen. Nur ist Frankreichs Einfluß so groß, daß bisher keine Macht wagt, einen offiziellen Vermittlungsversuch zu machen.

•

Unaufhörliche Ausdehnung der Besetzung

Königswinter, 25. Februar. Heute nachmittag gegen 3½ Uhr wurde Königswinter von den Franzosen besetzt, und zwar durch Marokkaner, 200 Mann stark. Sie besetzten das Rathaus, das Postamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der Bürgermeister protestierte gegen die Besetzung des neutralen Ortes.

Frankfurt, 25. Februar. Der zum Direktionsbezirk Frankfurt gehörende Bahnhof Limburg (Lahn) ist heute 8 Uhr von den Franzosen besetzt worden.

•

Gewalttaten Tag für Tag

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, hat General Degoutte eine neue Verordnung erlassen, durch die das Vereinswesen vollständig unter Aufsicht der Militärbehörden gestellt wird.

Gelsenkirchen, 25. Februar (W. T. B.) Die Franzosen haben bei ihrem Abzug aus Recklinghausen 14 Lokomotiven, 40 Personenwagen, 46 Packwagen und 160 mit Koks und Eisen beladene Güterwagen weggeführt. In Essen-Frintrop sind 16 Lokomotiven, sechs Züge, ein Gerätewagen und 130 Waggon Kohlen weggenommen worden. Die Güterschuppen wurden erbrochen und Stückgut in großen Mengen fortgeführt. Ein Waggon mit Mehl wurde ausgeplündert. Die Bureaueinrichtungen wurden kurz und klein geschlagen und die Eisenbahner von 4¾ bis 7¾ Uhr festgehalten. Die Arbeiterschaft durfte sich nicht umziehen und wurde in der Arbeitskleidung nach Hause gejagt. Einzelne Arbeiter, die ausbrachen, wurden eingefangen und zwei Stunden lang an die Wand gestellt. Die Eisenbahneruniformen wurden entwendet und von den Franzosen angezogen.

Bochum, 24. Februar. (W. T. B.) Das Gebäude der Handelskammer wurde von den Franzosen völlig ausgeraubt. Ein aufgebrochener Geldschrank blieb übrig. Den großen Kassenschrank haben die Franzosen gestohlen. Bis auf einige zertrümmerte Schreibtische und Regale haben sie das gesamte Mobilar einschließlich der Gardinen und Teppiche der Handelskammer sowie deren vollständige Bibliothek und einen Teil der Ausstattung der Privatwohnung des Handelskammersyndikus Dr. Jakobshagen und außerdem einige Möbelstücke aus dem neben der Handelskammer liegenden Landratsamt, dem sie ebenfalls einen Besuch abstatteten, mitgenommen. Die Fernsprechapparate in den Zimmern des Handelskammergebäudes sind zum Teil gestohlen, zum Teil zertrümmert und zerschlagen worden. Die Beute dieses Raubzugs wurde auf zwölf Lastkraftwagen fortgeschafft.

Aus Düsseldorf erfährt, wie W. T. B. meldet, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, daß der Gewerkschaftssekretär des Bundes der Angestellten, Artur Georg, am Sonntag vor acht Tagen von den Franzosen verhaftet und bei seiner Verhaftung bis zur Besinnungslosigkeit mißhandelt worden ist. Er befindet sich noch in Haft. Ein weiterer Mitarbeiter des Gewerkschaftsbundes ist verhaftet und nach einer Haussuchung wieder freigelassen worden.

Herne, 25. Februar. (W. T. B.) In der vorletzten Nacht wurde ein Arbeiter, der 200 000 M. bei sich führte, von drei französischen Soldaten überfallen und vollständig ausgeraubt.

Mainz, 25. Februar. (W. T. B.) Acht Eisenbahnbeamte erhielten vom französischen Kriegsgericht je drei Monate und der neunte 20 Tage Gefängnis. Direktor Wolpert zwei Monate Gefängnis, weil sie den Streik gefördert hatten. Wegen des gleichen Vergehens, wobei es sich um die Auszahlung von 200 Millionen Mark handelte, wurden verurteilt der Direktor der Reichsbankfiliale in Trier August Piel zu 2 Monaten, der Bahnhofkassierer Johann Langenbach und Lokomotivführer Josef Elsfeld aus Gerolstein zu 6 Monaten, und der Hotelier Jakob Fritsch aus Gerolstein, der den Kraftwagen zum Transport der Gelder zur Verfügung gestellt hatte, zu einem Monat Gefängnis.

Aachen, 24. Februar. (W. T. B.) Von dem Aachener Kriegsgericht wurde die Frau des ausgewiesenen Redakteurs der Freien Presse, Marta Pasche, zu 15 Tagen Gefängnis und mit Ausweisung bestraft. Sie hatte zuvor einen Ausweisungsbefehl erhalten, dem sie jedoch nicht nachgekommen war. In der gleichen Kriegsgerichtssitzung wurde Frau Boemkin zu acht Tagen Gefängnis und 25 000 M. Geldstrafe verurteilt.

•

Die Franzosen diktieren den Zehnstundentag

Mainz, 24. Februar. (Eig. Drahtber.) Das Muster eines Anstellungsvertrages der französischen Feldeisenbahn-Unterkommission in Mainz für die Einstellung deutscher Eisenbahner, das bemerkenswerte Bestimmungen enthält, wurde hier aufgefunden. Der Anstellungsvertrag ist ausgestellt „in Ausführung der Note vom 14. Februar 1923" und verlangt vom Arbeitnehmer die Einhaltung einer zehnstündigen Arbeitszeit unter Leitung und Kontrolle der Franzosen. Am Schluß wird ausdrücklich bemerkt, daß die Entschädigungsfrage bei Unfall „vorbehalten" bleibt und daß in dieser Beziehung „keine Gewähr" gegeben wird.

•

Sozialdemokratie und Abwehrkampf

Eine Kundgebung für scharfe Wirtschafts- und Finanzpolitik

Der außerordentliche Bezirkstag des Bezirksverbandes Berlin der V. S. P. D. nahm am Sonntag nach einem Referat des Parteivorsitzenden Otto Wels über die politische Lage folgende Resolution an:

„Der Bezirkstag bekundet den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Ruhrreviers, die im Abwehrkampf gegen den brutalen Angriff des französischen Imperialismus stehen, seine unverbrüchliche Solidarität. Er fordert von der Regierung, daß sie die Entlohnung und Ernährung der Arbeiterschaft sichert, der wucherischen Ausbeutung des Volkes mit den neuerdings verschärften gesetzgeberischen Mitteln entgegentritt und überhaupt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die Führung des Kampfes zu erleichtern. Er verlangt, daß der Steuerdrückerei unter allen Umständen ein Ende gemacht wird.

Er fordert weiter, daß jede sich bietende Gelegenheit ergriffen wird, um mit den Reparationsgläubigern Deutschlands zu einem gerechten Ausgleich zu kommen, der die besetzten Gebiete von der Geißel des Militarismus befreit und der ausgeplünderten Arbeiterschaft wieder ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Der Bezirkstag erklärt, daß die deutsche Arbeiterschaft den Imperialismus und Militarismus nicht nur Frankreichs, sondern jeden Landes zu bekämpfen entschlossen ist. Die deutsche Arbeiterschaft bildet keine Einheitsfront mit jenen reaktionären Elementen, die den französischen Vorstoß dazu benutzen wollen, um ihre Herrschaft in Deutschland aufzurichten und jetzt wie früher den Gedanken der gewaltsamen Auseinandersetzung an Stelle der Verständigungspolitik zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Diese Politik führt notwendig zur Zertrümmerung des Reiches; sie würde Deutschland aller Sympathien in der Welt erneut berauben und in die Isolierung zurückbringen, in der es sich so lange befunden hat. In der Abwehr des gewaltsamen Einbruches in das Ruhrgebiet, der Europa in neuen Unruhen gestürzt hat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens weiter hinausschiebt, weiß die deutsche Arbeiterklasse sich eins mit der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt."

Klassenjustiz und Volksstaat

Von Amtsgerichtsrat Dr. Reinhardt

Im Gegensatz zum alten Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1891, das mit Bezug auf die Rechtspflege u. a. „Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter" forderte, verlangt das Görlitzer Programm der S. P. D. nur noch „entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz", stellt aber anderseits als besondern Programmpunkt die weitere Forderung auf: „Kampf gegen Klassenjustiz". Unter Klassenjustiz versteht das Görlitzer Programm, wie Radbruch in seinen Erläuterungen hierzu (Seite 7) ausführt, die „Auslegung und Anwendung des Rechtes nach Maßgabe der Selbstverständlichkeiten einer bestimmten Volksklasse". Klassenjustiz ist dem Görlitzer Programm also nicht gleichbedeutend mit Rechtsbruch, sondern lediglich eine „unvermeidliche Auswirkung des Klassenstaates". Das Görlitzer Programm will mit der Forderung: Kampf gegen Klassenjustiz, nicht einen Vorwurf erheben, sondern lediglich eine „soziologische Feststellung" treffen. Es will nicht behaupten, daß unsre Rechtsprechung mit dem Bewußtsein der Rechtsverdrehung geübt werde; es will nur feststellen, daß die Richter, soweit sie den höheren Klassen der Gesellschaft entstammen, von den Auffassungen dieser Klassen beherrscht und in deren Vorurteilen befangen sind.

Wenn sie Klassenjustiz so zu verstehen haben, werden auch nichtsozialdemokratisch organisierte Richter, wofern sie nur ein klares Auge und offenes Ohr für ihre Um- und Mitwelt und für die Bedürfnisse und Forderungen der Zeit haben, in der Kampfansage des Görlitzer Programms gegen die Klassenjustiz keinen Vorwurf erblicken, der mit Entrüstung zurückgewiesen werden müßte. Sie werden vielmehr zwar die Aufnahme dieser Forderung in das offizielle Programm der stärksten politischen Partei Deutschlands bedauern, weil erfahrungsgemäß die breiten Kreise des Volkes Klassenjustiz doch nur in dem andern Sinne auffassen, daß die Richter absichtlich das Recht beugten; sie werden es aber immerhin verständlich finden, wenn immer und immer wieder behauptet wird, daß unsre Rechtsprechung nicht frei sei von Klassenjustiz, zum mindesten dann, wenn damit lediglich die Rechtsprechung in Strafsachen gemeint ist.

Freilich, die Sache selbst, die Rechtspflege im Volksstaate, wird weder durch den immer wieder erneuten Hinweis auf das Vorhandensein von Klassenjustiz noch durch theoretische Erörterungen über diesen Begriff gefördert. Es gilt, die praktische Seite in den Vordergrund treten zu lassen, die Forderung „Kampf gegen Klassenjustiz" durch eine geistige Einstellung der Richterschaft auf den neuen Volksstaat gegenstandslos zu machen, Mittel und Wege zu finden, die deutschen Richter in ihrer Gesamtheit dazu zu bringen, daß sie mit begeisterter Zustimmung den Staat der neuen Verfassung, den sozialen Volksstaat als einen Fortschritt gegenüber dem auf dem Machtgedanken und dem Autoritätsprinzip beruhenden Obrigkeitsstaat anerkennen. Denn gerade die deutsche Rechtsordnung, die nach der Umwälzung mitten in einer Wandlung ihres Wesens steht, bedarf eines Richterstandes, der sich in diese Wandlung verständnisvoll einfühlt und einfügt. Freilich ist solche geistige Umstellung für keinen Beruf so schwer, wie gerade für den richterlichen: einmal wegen der bisherigen einseitig rechtsgeschichtlichen Unterweisung des angehenden Juristen, aus der er im wesentlichen nur lernte, wie frühere Juristen gedacht, gelehrt, verordnet und geurteilt haben (Reichsgerichtsrat Niedner, Sozialisierung der Rechtspflege, Seite 6); sodann wegen der eigentümlichen Denkart, die der richterliche Beruf erzeugt. Denn da „keine Rechtsordnung möglich ist ohne Ehrfurcht vor dem Vergangenen", so ist ohne Zweifel der Rechtspflege ein starker konservativer Zug eigen. Dieser Zug bewirkt, daß Rechtssätze und Rechtsauffassungen konserviert und für richtig gehalten werden, die in überlebten individualistischen Anschauungen früherer vom Machtgedanken beherrschter Epochen wurzeln, und läßt eine gewisse „Zähigkeit des Rechtswillens" entstehen. Diese Zähigkeit des Rechtswillens darf sich aber nicht im Gegensatz befinden zu dem verfassungsmäßig ausgesprochenen Willen des Volkes selbst. Hier ergibt sich in revolutionären Zeiten der schwere seelische Konflikt für den Richter, der seine geistige Entwicklung unter andern Bedingungen abgeschlossen hat. Dieser Konflikt darf aber nur zugunsten des verfassungsmäßigen Volkswillens gelöst werden (der frühere Reichsaußenminister Dr. Simons bei seiner Einführung als Reichsgerichtspräsident: „Unsrer Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 liegt aber der Gedanke der Volkssouveränität zugrunde"). Diesem Rechtsgedanken des neuen Staates zum Siege zu verhelfen, ist, wie Simons bei der gleichen Gelegenheit weiter ausführt, die Gerichtsgewalt nur dann imstande, wenn sie Richtern anvertraut ist, die sich zum Gedanken dieses neuen sozialen Volksstaates bekennen, denn nur der Richter kann die Rechtsordnung des sozialen Volksstaates in ihrem eigenen Geiste anwenden und fortbilden, der diesen sozialen Volksstaat anerkennt. Wer dem neuen Gemeinwesen nicht zustimmt, wer ihm fremd, wer ihm gar feind ist, der ist auch nicht in der Lage, das Recht dieses neuen Gemeinwesens richtig aufzufassen und anzuwenden.

Es wäre schon wegen des Mißtrauens, das nun einmal unbestreitbar in breiten Volkskreisen gegen die gegenwärtige Justiz besteht, unausweichliche Aufgabe der Führer des Deutschen Richterbundes gewesen, in Betätigung des Zweckes dieses Bundes („Förderung der Rechtspflege") den deutschen Richtern mit allen zu Gebote stehenden geistigen Mitteln die Ueberzeugung davon beizubringen, daß ein wahres Vertrauensverhältnis des Volkes zur Rechtspflege und der deutsche Aufbau überhaupt nur auf den Grundlagen der demokratischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Republik gedeihen kann, und auf diese Weise aus der Gesamtheit der deutschen Richter einen einzigen republikanischen Richterbund zu gestalten.

Leider hat in dieser Beziehung der alte Richterbund völlig versagt. Infolgedessen blieb den vom Wesen der neuen Zeit innerlich erfaßten Richtern, die im alten Bunde mit ihrer Ueberzeugung nicht durchzudringen vermochten, nichts andres übrig, als sich zu einem neuen Bunde zusammenzuschließen mit dem Endziele: Ausgleich der überkommenen Justiz mit dem Grundgedanken des neuen freien Volksstaates, Herstellung des vollen Einklanges des lebendigen Rechtes mit der republikanischen Staatsordnung im Geiste der Verfassung von Weimar. Dieses Ziel ergab für den neuen Bund ohne weiteres den Namen „Republikanischer Richterbund".

Der neue Bund treibt weder satzungsgemäß noch tatsächlich Parteipolitik. Er weiß, daß die Justiz aus dem Kampfe der Parteien herausgehoben und daher Parteipolitik von der Rechtsprechung unbedingt ferngehalten werden muß. Er fragt daher auch nicht nach dem parteipolitischen Glaubensbekenntnis seiner Mitglieder; in seinen Reihen ist jeder Richter willkommen, der sich aus Ueberzeugung und freudigen Herzens zu der von ihm beschworenen Verfassung und damit vorbehaltlos zur demokratischen Republik und zum Gedanken sozialer Gerechtigkeit bekennt.

Das neue Gerichtskostengesetz

Von Justizpraktikant Strobach, Lauenstein

Am 15. Februar tritt das Gesetz zur Aenderung des Gerichtskostengesetzes vom 21. Dezember 1922 in Kraft. Dieses Gesetz bringt eine tiefgreifende Reform des bisherigen Gerichtskostenwesens mit sich, soweit Gerichtskosten für Rechtssachen in Frage kommen, die vor die ordentlichen Gerichte gehören und auf die die Zivilprozeßordnung, die Strafprozeßordnung oder die Konkursordnung Anwendung findet. Die Aenderung dieses Gesetzes will die für die Rechtspflege aus allgemeinen Staatsmitteln bisher gewährten Zuschüsse vermindern. Das Gebührensystem ist vereinfacht. Zahlreiche unbedeutende Nebengebühren sind weggefallen und der fortschreitenden Geldentwertung ist entsprechend Rechnung getragen worden.

Die Verhandlungsgebühr ist in eine allgemeine Prozeßgebühr und die Entscheidungs- in eine Urteilsgebühr umgewandelt, die Beweisgebühr ist beibehalten worden. Die bisher zu berechnenden zahlreichen Nebengeschäfte gelten mit diesen Gebühren als abgegolten. Außerdem ist eine einheitliche Gebühr für das Mahnverfahren einschließlich der Erteilung des Vollstreckungsbefehles eingeführt worden. Es gibt nur noch eine ganze, halbe und viertel Gebühr. Der Mindestbetrag einer Gebühr beträgt 100 M. Pfennigbeträge sind auf den nächst höheren Markbetrag abzurunden.

Bei Ansprüchen auf Erfüllung einer auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Unterhaltspflicht wird der Wert des Rechts auf die wiederkehrenden Leistungen, falls nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist, auf den Betrag des einjährigen Bezugs berechnet (bisher des fünfjährigen). Bei Unterhaltsstreiten zwischen Ehegatten ist die Gebühr nach dem halbjährigen Betrage der zu gewährenden Rente zu berechnen. Durch das Sinken des Geldwertes sind die zu gewährenden Geldrenten bedeutend erhöht und die Parteien bisher zu stark mit Gebühren belastet worden. Die volle Prozeßgebühr wird auch erhoben für Versäumnis-, Anerkenntnis- und Verzichtsurteile sowie für Vergleiche. Im Mahnverfahren wird die halbe Prozeßgebühr geschuldet. Ist in Strafsachen neben Freiheitsstrafe auch auf Geldstrafe erkannt, so wird die Gebühr von jeder Strafe besonders berechnet. Ist auf Einziehung, Verfallerklärung oder Unbrauchbarmachung erkannt, so ist der Wert der Gegenstände, auf die sich die Entscheidung bezieht, als Geldstrafe anzusehen. Ist auf Geldstrafe erkannt, so beträgt die Geldstrafengebühr ein Fünftel, bei amtsrichterlichem Strafbefehle ein Zehntel der erkannten Strafe. Wird in einem Privatklageverfahren der Beschuldigte freigesprochen oder für straffrei erklärt, so wird für das Verfahren in jeder Instanz eine Gebühr von 1000 M. erhoben. Für Zurücknahme einer Privatklage vor Beginn der Hauptverhandlung wird eine Gebühr von 250 M., für Erledigung der Sache nach Beginn der Hauptverhandlung, aber vor der Entscheidung, eine Gebühr von 500 M. erhoben. In Strafsachen kann das Gericht in einzelnen Fällen bestimmte Gebühren auf 100 M. herabsetzen oder bis auf das Zwanzigfache erhöhen.

Im Konkursverfahren wird bei Durchführung des Verfahrens die dreifache Gebühr der Prozeßgebühr für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten erhoben, die zweifache, wenn das Verfahren nach Ablauf der Anmeldefrist, und die einfache, wenn das Verfahren vor Ablauf der Anmeldefrist eingestellt wird.

An Auslagen werden erhoben: Schreibgebühren (20 M. für die Seite), für Abschriften, die auf besonderen Antrag gefertigt werden, sowie für Abschriften, die angefertigt werden, weil die Partei es unterläßt, einem von Amts wegen zuzustellenden Schriftsatz die erforderliche Anzahl von Abschriften beizufügen. Ferner sind zu erstatten: die Auslagen für Telegraphen- und Fernsprechgebühren, die Kosten der Einrückung einer Bekanntmachung in öffentlichen Blättern, die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren, die Tagegelder und Reisekosten der Gerichtsbeamten bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle, die Kosten für Bereitstellung von Geschäftsräumen usw.

Ueber Kostenzahlung und Kostenvorschuß sagt das Gesetz folgendes: In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursverfahren wird die Gebühr mit Stellung des Antrages fällig. Der Termin zur mündlichen Verhandlung soll auf Grund der Klage erst nach Zahlung der zu fordernden Prozeßgebühr bestimmt werden. Der Zahlungsbefehl ist erst nach Zahlung der Gebühr zu erlassen.

Bei Armenrecht, schwieriger Vermögenslage oder zu erwartender Verzögerung des Rechtsstreites durch Kostenforderung sind besondere Bestimmungen getroffen. Letzternfalls muß glaubhaft gemacht werden, daß dem Antragsteller ein nicht oder nur schwer zu ersetzender Schaden entstehen würde.

Bei jedem Antrag auf Vornahme einer Handlung, mit der bare Auslagen verbunden sind, hat der Antragsteller einen zu ihrer Deckung ausreichenden Vorschuß zu zahlen. Das Gericht kann die Vornahme der Handlung von der vorherigen Zahlung des Vorschusses abhängig machen. Für Ausländer gelten besondere Bestimmungen.

Fascistische Krawalle in Oberschlesien

Hindenburg, 24. Februar. (Eigener Drahtb.) In den späten Abendstunden des Sonnabend kam es zu blutigen Unruhen, die durch Hitlerbanden provoziert wurden. Der von der Polizei verbotene Fackelzug der Anhängerschaft Hitlers wurde trotzdem abgehalten. Als die Schutzpolizei eingriff, fand sie bewaffneten Widerstand. Es kam auf beiden Seiten zu Verletzungen. Gegen 1 Uhr abends konnte der Umzug zerstreut werden. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen; jedoch blieben die Rädelsführer frei.

Die hier gemeldeten Vorgänge sind für die preußische wie die Reichsregierung eine Blamage. Die Waffenspielereien der Fascisten sind viel zu leicht genommen worden. Nun gehen sie zum offenen Widerstand über, wo sie sich stark genug fühlen. Hoffentlich führt die nachstehend folgende Anordnung Severings endlich zu einem schärferen Vorgehen gegen die Orgesch, die sich namentlich in Oberschlesien, von den Polenkämpfen her, eingenistet hat.

•

Severings Anweisung

Am Sonnabend waren sämtliche Oberpräsidenten Preußens in Berlin zu einer Sitzung unter persönlicher Leitung des preußischen Innenministers zusammengekommen. Minister Severing hat den Oberpräsidenten erneut die bestimmte Weisung erteilt, im ganzen preußischen Staatsgebiet jeden Versuch einer Bildung von Formationen oder Organisationen illegaler Art mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken. Diese Anweisung zu wiederholen, war zur Zeit um so dringender notwendig, als die Orgesch und andre Rechtsverbände infolge des französisch-belgischen Einbruchs im Westen Deutschlands die Zeit für gekommen erachteten, militärische Ausbildungsspielereien zu inszenieren, wobei einzelne Angehörige der Reichswehr allzu willig Helfersdienste leisteten.

Die Unternehmerverbände der Welt

im Jahre 1922

Die Hauptaktionen der Unternehmerverbände im verflossenen Jahre waren sämtlich von der Weltkrise bestimmt. Sie können in folgende drei Gruppen eingeteilt werden: 1. Herabsetzung der Produktionskosten, 2. Kampf gegen die Gewerkschaftsrechte, 3. Organisationsaufgaben.

Zur ersten Gruppe gehören ganz besonders die Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit, daneben auch die technischen Verbesserungen der Produktion.

Im Kampfe für die Lohnreduktion und gegen den Achtstundentag beriefen sich die Unternehmerverbände auf die Interessen der „nationalen" Produktion, die sich auf dem Weltmarkt durch die Konkurrenz derjenigen Länder, welche bereits diese Maßnahme getroffen hätten, bedroht fühlte. So entstand ein Wettlauf um den schleunigen Abbau der Errungenschaften der Arbeiterschaft, der sehr an den gleichartigen Rüstungswettkampf der Staaten erinnert und durch die bestehenden Schranken des Waren- und Menschenverkehrs gesteigert wird. Es fragt sich allerdings, ob es doch nicht einfacher wäre, diese Schwierigkeiten des Weltmarktkampfes nicht auf die eigenen Arbeiter abzuwälzen, sondern durch Uebereinkünfte über gleichzeitige Abschaffung der Zollschranken und Erleichterung der Wanderung aufzuheben. Es besteht zwar eine internationale Arbeitgeberorganisation; ihre Tätigkeit erzielt aber offenbar bessere Ergebnisse im Kampf gegen die Arbeiter, als in einer gemeinsamen Aktion zur Erleichterung des Weltverkehrs. Auch die Versuche der internationalen Arbeiterkonferenz, durch eine gleichartige Regelung der Arbeitsbedingungen in allen Ländern den traurigen Wettkampf zu verhindern, sind tatsächlich auf passiven Widerstand der Arbeitgeberkreise aller Länder gestoßen.

Bei der Durchführung der Lohnreduktion haben zwei Grundsätze einander gegenübergestanden: Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung oder deren Anpassung an den möglichen Warenpreis. Im großen und ganzen kann man sagen: bei steigenden Preisen neigen die Arbeitgeber dem Prinzip der Anpassung an die Kosten der Lebenshaltung zu (Deutschland, Oesterreich); bei sinkenden Preisen suchen sie die Löhne den „Möglichkeiten des Absatzes" anzupassen (England, Amerika in der ersten Jahreshälfte). Von den Ländern mit sinkenden Preisen hat sich nur in Frankreich — wo übrigens die Preissenkung nicht sehr bedeutend war — das Prinzip der Anpassung an die Lebenshaltungskosten durchgesetzt.

Die Bewegung der Unternehmerverbände gegen den Achtstundentag hat die ganze Welt erfaßt; allen Ländern voran gehen die von der Krise heimgesuchten Länder des westeuropäischen Kontinents mit Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden an der Spitze, aber auch Deutschland blieb diese Frage nicht erspart. Dagegen lag in England das Schwergewicht mehr auf der Frage der Lohnherabsetzung. In Amerika, wo die Regelung der Arbeitszeit viel zu wünschen übrig läßt, ist der Angriff der Unternehmer mehr gegen die Prinzipien der Organisationsfreiheit, des Tarifvertrages und der Betriebskontrolle gerichtet.

Was die Produktionsverbesserungen betrifft, so haben hierbei die Verbände eine geringere Rolle gespielt, als bei der Aenderung der Arbeitsbedingungen; diese Frage will jeder Unternehmer lieber für sich allein lösen. Von irgendwelchen gemeinsamen Maßnahmen ist nicht viel zu hören. Nur in Schweden hat der Industrieverband die Gründung einer „Standardisierungskommission" zur Festsetzung bestimmter Produktionstypen angeregt. Der Kampf gegen die Rechte der Gewerkschaften hat gegenüber dem Vorjahre — als es galt, die beginnende Krise zu einer Gegenoffensive auszunutzen — an Bedeutung und Schärfe eingebüßt. Es ist bloß ein Nachklang der vergangenen Kämpfe, wenn sich die italienische Konfederation der Industrie oder der englische Maschinenbauerverband scharf gegen die Arbeiterkontrolle der Betriebe ausspricht. Im übrigen hat sich der Kampf auf die Fragen der prinzipiellen Anerkennung der Gewerkschaften, in manchen Staaten Nordamerikas sogar auf die Frage der Koalitionsfreiheit (das Anti-Streikgesetz im Staate Kansas) zurückgezogen. Daneben spielt die Bekämpfung des „closed shop" (des geschlossenen, d. h. nur den Gewerkschaftsmitgliedern zugänglichen Betriebs) in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle.

Die Organisationstätigkeit der Unternehmerverbände wies während der Krise eine doppelte Tendenz auf. Für die allgemeine taktische Leitung sowie für Verhandlungen mit der Regierung oder mit dem Auslande ist Zentralisation am Platze. Viele Gewerkschaftszweige haben daher Spitzenorganisationen ins Leben gerufen. In Frankreich ist zum erstenmal ein allgemeiner Arbeitgeberverband in Aussicht genommen; in der Tschecho-Slowakei haben die deutschen und die tschechischen Unternehmer je eine Zentrale gebildet. Die Verbände Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands haben ein gemeinsames Nordisches Zentralbureau mit einem Aktionsprogramm (nämlich Lohnherabsetzung) errichtet. Endlich hat sich die Internationale Organisation der Arbeitgeber wesentlich verstärkt und hat neben der gewerblichen eine landwirtschaftliche Sektion gegründet.

Große Durchstechereien auf einem Zollpackhof

Großen Durchstechereien ist man auf dem Zollpackhof in Altmoabit auf die Spur gekommen. Zwei aus Galizien nach Berlin gekommenen Kaufleuten war es durch Bestechung von Hilfsangestellten des Zollpackhofes und Speditionsangestellten gelungen, mit Hilfe von Ausfuhrbewilligungsscheinen, die ihnen die untreuen Beamten des Zollpackhofes verschafft hatten, Güter aller Art ins Ausland zu befördern. Der dem Staat erwachsene Schaden soll in Milliarden gehen. Bisher sind etwa 14 Personen verhaftet worden.

Leben • Wissen • Kunst

Ein froher Abend bei Hans Sachs

Einen gottvergnügten Abend bereitete am Freitag im Vereinshaus die Dresdner Arbeiterjugend sich selber und ihren Freunden. Es war ein Abend bei Hans Sachs. Er begann prachtvoll mit dem Gruß an Hans Sachs aus den Meistersingern von Richard Wagner. Der Jugendchor sang ihn. Es war überraschend und in gewissem Sinne ergreifend, mit welch heiligem Eifer und mit welch sauberen Stimmen diese Burschen und Mädels, geführt von ihrem jugendlichen Dirigenten, einem Schlosser, den Gruß sangen. Es ging, wenn man so sagen darf, ein festlich frohes Glänzen von diesen jungen Stimmen aus. Man ahnte pfingstliche Sonne über braunen Dächern. Und der Bühnenschmuck — zwei bändergeschmückte Kränze auf farbig umwickelten Wäschestangen — schien von duftenden Junilüften umweht.

Als der Chor abtrat, kam Paul Wochmann als Sprecher des Festspruches. Und da er auf dem Programm „Der Peter Michel" genannt wurde, so blieb er, der Dichter unsrer Reimglossen, der Ueberlieferung dieses Namens treu und trug seinen Festspruch in selbstverfaßten witzigen Reimen zum Vergnügen aller vor. Es war eine Biographie des Schusterpoeten in Versen, in die er „Hans Sachsens poetische Sendung" von Goethe verflochten hatte. Die frohbegeisterten Zuhörer, die, jung und alt, in bunter, gleichgestimmter Mischung, den Vereinshaussaal bis aufs letzte kleine Plätzchen füllten, dankten ihm mit stürmischem Beifall und Peter Michel mußte dreimal kommen, um diesen Dank zu kassieren.

Und dann, während die Zuschauer das Kommende von der Bühne her erwarteten, schallte wirklich „quietschvergnügte" Kirmesmusik von draußen rein und durch die hintere Saaltür zogen, geführt von der schmetternden Blechmusik der improvisierten „Hauskapelle", die Spieler auf. Burschen und Mädels der Arbeiterjugend, mit Schminke bemalt, als hätten Pechstein oder Nolde diese farbenprangenden Gesichter erdacht, und gekleidet in bunte, selbstgeschneiderte Kostüme. Der Prolog, der fahrende Schüler, der Bauer, die Bäuerin, der Roßdieb Ul von Frising, der Gangel Luisa, der Steffel Löll, der Lindel Fritz, der Pfaffe und wieder der Bauer und die Bäuerin und Nürnberger Leute marschierten und sprangen hinter dem Trara her, zogen auf die Bühne und blieben dort auch während des Spiels als lebendiger Hintergrund, als zuschauendes Volk. Und nach einem von Gustav Leuteritz gereimten Vorspruch, den ein Harlekin als „die Comedia" sprach, kündigte der Prolog den Beginn des Spieles an. Nun folgten drei der bekanntesten und sprachgiftigsten Fastnachtsschwänke von Hans Sachs: Der fahrende Schüler im Paradeis, der Roßdieb zu Fünsing und das Kälberbrüten. Jeder hatte sich einen vergnügten Abend versprochen und niemand wurde enttäuscht. Frohe Stimmung erfüllte den Saal als empfängliche Atmosphäre, deren Wellen jedes Wort, jede Geste von der lustigen Bühne her aufnahmen. Und immer von neuem brodelte Heiterkeit hellauf, wenn der winzige, putzige Prologus sein Sprüchlein über die Köpfe hin schmetterte, wenn er getreu seinem Worte „ich sitze hier und sage vor" unbekümmert soufflierte, wenn die dummtreue Bäuerin über den noch ärger gepreßten Bauern triumphierte, wenn die Tüßinger Bauern in ihrer brettdicken Dummheit sich als spitzfindige Schlaumeier voneinander blähten, wenn der kälberbrütende Bauer auf seinem Brutkorb Frau und Pfaffen anzischte.

Aber es war nicht nur ein lustiger Abend, es war mehr. Eine verloren geglaubte Volkskunst stand lebendig vor Augen in Bildern, die an die bunten Holzschnitte alter naiver Meister erinnerten. Es war kein imitiertes Theater, keine dilettantische Schauspielerei nach Art der dramatischen Klubs. Es war unbekümmerte, herzliche Volksbelustigung, an der Hans Sachs selber seine helle Freude gehabt hätte. Denn so hat er's gemeint.

Und nach jedem Stück schmetterte, gewissermaßen als rauschender „Vorhang", die blecherne Kapelle, in der der Fiedelbogen des Geigers fast nur als Taktmesser auf und nieder strich, ihre Kirmesmusik. Sie schwelgte in Dissonanzen von Vierteltönen — Arnold Schönberg und Hindemith, die Propheten der modernen Musik, können das gar nicht überbieten. Man lachte noch auf der Straße, man lachte daheim noch im Bette! E. H.

Hugo Jüngst

Hugo Jüngst, einer der meistgesungenen Männerchorkomponisten des letzten Menschenalters, feiert heute seinen 70. Geburtstag in seiner Vaterstadt Dresden. Vielleicht ist er überhaupt der Meistgesungene, denn wer etwa als berufsmäßiger Konzertbesucher die Vortragsordnungen vieler Choraufführungen zu vergleichen Gelegenheit hatte, wird feststellen müssen, daß da der Name Jüngst fast niemals fehlt. Die vorzügliche Gesanglichkeit der Jüngstschen Schreibweise und die im edelsten Sinne volkstümlichfrische Melodik sind die Bedingungen der großen Verbreitung seiner Chorstücke. Jüngst, der aus dem Dresdner Konservatorium hervorging — sein Hauptlehrer war der ehemalige Generalmusikdirektor Dr. Rietz — begründete schon als Studierender im Jahre 1876 den Dresdner Männergesangverein, der unter seiner fast 30jährigen Leitung zu den allerersten Chören gehörte. Außer seiner allüberall einschlagenden Kompositionsweise sicherte ihm auch seine befeuernde, dabei äußerlich elegante Direktionskunst die größte Beliebtheit in der deutschen Sängerwelt, was schon daraus erhellt, daß man ihn mehrmals zum Hauptdirigenten großer Sängerbundesfeste erwählte, z. B. 1905 in Dresden, 1908 in Weimar. Auch das Ausland schätzte Jüngsts Fähigkeiten hoch ein. So wurde er wiederholt zum Preisrichter für die eidgenössischen Sängerfeste in Bern, Zürich, Neuchâtel gewählt. So lange es seine Kräfte nur irgend gestatteten, nahm er, der erste Dirigent des Dresdner Julius-Otto-Bundes, ehrenamtlich in deutschen Landen an allen Bundesversammlungen teil. Des Alters nicht achtend, ging er im letzten Jahre noch nach Norddeutschland, wo ihn leider die Ueberanstrengungen auf ein langes Krankenlager streckten, so daß er auch seinen heutigen Festtag, an dem alle Sangesbegeisterten seiner mit Dank für die vielen von ihm gespendeten künstlerischen Freuden gedenken werden, nicht in voller Rüstigkeit begehen kann. Die Arbeiterchöre, die ihre Programme ja meist in großzügiger, der Internationalität der Kunst entsprechender Weise aufstellen, seien darauf hingewiesen, daß Jüngst ein sehr verdienstliches Werk mit seiner gegen 80 Nummern umfassenden Sammlung nationaler Weisen fremder Völker (für Chor bearbeitet) geschaffen hat. Eine solche Weise war es ja, deren Bearbeitung Jüngst einst mit einem Schlage bekannt gemacht hat: das estnische „Spinn, Spinn". Auch seien seine slawischen, ungarischen, russischen und polnischen Chorzyklen genannt. Dr. Kreiser.

Konzerte

Klavierabend Kerschbaumer. Walter Kerschbaumers pianistische Art ist eine Besonderheit. Mild übersonnter Glanz geht von des Künstlers Anschlagskultur aus. (Manchmal trifft es das Ohr wie der rauschende Klang eines kostbaren Seidenstoffes, der durch die Finger gleitet.) Und im Verlebendigen des Vortragsstoffes bleibt Kerschbaumer weltmännischen Gebertriks fern. Er läßt scheinbar still aus seinem Innern aufsteigen, was dort schon Gestalt gewonnen hat. (Manchmal trifft es die Seele wie vom Flügelschlag der hinter Irdischem versteckten ewigen Ideen.) Kurz, Kerschbaumer weiß die Materie dem Geist dienstbar zu machen.

Eine Besonderheit ist der Pianist auch in der Auswahl seiner Gaben. Beethovens Sonate op. 101 (A-Dur) hab ich seit zwölf Jahren in Dresdner Konzertsälen nicht gehört. Ein seltsames Werk voll seelischen Feingespinstes, mit Vorahnungen kommender Epochen getränkt, voller Rückerinnerung an den jugendlichen Stürmermut seines Schöpfers. Schon der erste Satz ist in gewissem Sinn etwas unvergleichlich Hohes, Unnahbares. Streng, streng, streng in die schon damals als „klassisch" geltende „Sonatenform" gegossen, bleibt er auch heute der üblichen Bildung des Musikers verschlossen. (Wer von diesem Satze eine winkelrechte Analyse zustande brächte, den würde ich als Musiker ansprechen. Wo ist das Unikum?) Kerschbaumer ließ davon einen Hauch verspüren. Der Sonate folgte Schuberts B-Dur-Impromptu. (Seine Ges-Dur-Variation hatte ich mir weniger schnell und viel poetischer gedacht.) Dann: vier Stücke „Aus meinem Tagebuch" von Max Reger. Sie sind, wenigstens in ihren

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wittelsbacher Freistaat u. Komp. m.b.H.

(Von unserm Münchner Korrespondenten)

Wir bringen nachstehend einen Aufsatz unsers Münchner Mitarbeiters, der sich mit der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem König von Bayern und dem bayerischen Staat befaßt. Wie unsern Lesern bekannt ist, hat auch die sächsische Regierung dem Landtag einen Vorschlag über einen Vermögensausgleich zwischen dem ehemaligen sächsischen Königshaus und dem sächsischen Staat vorgelegt. Auch in Sachsen sollen dem ehemaligen Königshaus beträchtliche Werte überlassen werden. Aber hier haben wir eine sozialistische Regierung und eine sozialistische Landesmehrheit, während in Bayern die Reaktionäre herrschen. Durch die Zusammensetzung der Regierung und des Landtages ist in Sachsen die Garantie gegeben, daß dem Königshaus nicht mehr überlassen wird, als unbedingt notwendig ist, um einen kostspieligen Prozeß zu vermeiden, bei dem vermutlich das Königshaus sehr viel besser abschneiden würde, als bei einem Vergleich. Wie die eingehende juristische Prüfung der Sachlage ergeben hat, muß sehr stark damit gerechnet werden, daß bei einem Prozeß die Schätze der Dresdner Sammlungen dem Königshause als Privateigentum zugesprochen werden, während durch den Vergleich das Haus Wettin nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der in den Dresdner Sammlungen enthaltenen Gegenstände erhält und auch unzweifelhaftes Privateigentum des früheren Königs dem Staat verbleibt. Da das Privateigentum durch die Reichsverfassung und die Reichsgesetze geschützt ist, müßte die sächsische Regierung dem König ohne weiteres alles ausliefern, was ihm in einem etwaigen Prozeß zugesprochen würde.

Nach vierjährigem Verhandeln ist es den Minister titulierten Geschäftsführern der Bayerischen Volkspartei gelungen, mit dem Hause Wittelsbach ein Entschädigungsarrangement für den Verlust des Thrones zu treffen, das in Form wie Inhalt den Statuten einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Verwechseln ähnlich sieht. Das würde nichts bedeuten, wenn das zwischen den „republikanischen" Ministern und den Bevollmächtigten der Wittelsbacher getroffene Uebereinkommen nicht eine Societas leonina darstellte, wie sie in der bekannten Fabel des Aesop von der Geschäftsgemeinschaft des Löwen mit dem Esel und Fuchse so drastisch geschildert wird.

Daß der bayerische Löwe weniger den Stolz und den Edelmut als die Raub- und Raffgier dieses beliebten heraldischen Symbols repräsentiert, lehrt nicht nur die Geschichte, auch dieser jetzt vorliegende Gesellschaftsvertrag beweist es aufs deutlichste. Den Ausgangspunkt bildet die „Ueberzeugung" der monarchistisch gesinnten Regierung der „Republik", daß es sich bei der Auseinandersetzung mit den Wittelsbachern um eine reine Rechtsfrage handelt. Solche Anschauung erwächst naturgemäß aus einer Denkweise, die den politischen Charakter der Revolution nicht begreifen will, in der sie, je länger je mehr, ein Verbrechen, zum mindesten aber eine Verletzung wohlerworbener Rechte erblickt. Entsteht ein Rechtsanspruch des ehemaligen Königshauses, so haben die Rechtsgelehrten das Wort, die „Bratenwender der Gesetze", wie sie Heine treffend bezeichnet. Und haben die Hohenzollern ihre Leibgarde von Professoren besessen, so steht den Wittelsbachern eine nicht minder gefügige Schar von Geschichtsklitterern, Rechtsverdrehern und wissenschaftlichen Autoritäten zur Verfügung, um die Kapitalisierung der verlorenen Renten der Monarchie zu begründen. Dieser Aufgabe widmete sich vor allem Professor Beyerle in einem dickbändigen Wälzer, worin zu beweisen versucht wird „die besonders innige Vereinigung von Wittelsbachischem Hausgut und Staatsvermögen". Nun war aber deren „Hausgut", die sogenannten Kammergüter, wie der kurfürstliche Generaldirektionsrat Joseph Hazzi schon im Jahre 1802 nachgewiesen hatte, den jeweiligen Herrschern und Weltfürsten nur zur vorübergehenden Nutzung überlassen worden.

Auf wie wackeligen Füßen die „Rechtsansprüche" des Exkönigshauses stehen, ergibt sich schon daraus, daß sowohl der Geh. Hofrat Beyerle wie auch die Vorlage der Regierung „wegen der Schwierigkeit der Rechtslage" zu einem Vergleiche raten! Sagt die Regierung in der Begründung ihrer Vorlage doch selbst, „das historische Material für die Feststellung von Ausdehnung und Wert des früheren Familienbesitzes (sei) unzureichend und namentlich in Ansehung des unbeweglichen Besitzes äußerst lückenhaft". Der Aufwand der Begründung der Wittelsbachischen Rechtsansprüche steht wirklich in schreierndem Gegensatz zu den historischen Tatsachen, weshalb die Furcht vor einem gerichtlichen Austrag der Sache, auf beiden Seiten, erklärlich wird.

Um so unerklärlicher erscheint das, was der bayerische Staat den Wittelsbachern als Entschädigung für den Thronverlust bietet! Die 60 Millionen Mark sind noch das Wenigste. Die Hauptsache besteht in der Ueberlassung von 7802,8 Hektar Staatswaldungen — ein Milliardenwert —, ferner einer Anzahl Schlösser, zweier Gestüte, Häuser in München und Nymphenburg und endlich, damit die Erinnerung an das angestammte Königshaus nicht einschläft, zwei Prozeniumslogen im National- und Residenztheater. Von den wertvollen beweglichen Gegenständen nicht zu reden.

Was noch übrig bleibt, wird einem „Wittelsbacher Ausgleichsfonds", eben jener G. m. b. H., überwiesen, die den Charakter einer Stiftung des öffentlichen Rechtes erhält, in der jedoch der Staat die Partie des Löwen nicht übernimmt. In Artikel 4 der Vorlage heißt es nämlich: Die Verwaltung der Fonds wird von einem Verwaltungsrate geführt, dessen Mitglieder vom vormaligen Königshause ernannt werden! Zwei Staatskommissare spielen darin Statistenrollen. Die Nutzungen des Fonds fließen Mitgliedern des vormaligen Königshauses (Agnaten) zu. Die Verteilung erfolgt endgültig durch den Verwaltungsrat, in dem die Beauftragten der Wittelsbacher ein für allemal die Mehrheit besitzen! Der Ausgleichsfonds bezweckt demnach, die Wittelsbacher, die vor der Revolution Anspruch auf Leistungen des Staates hatten, solange zu soutenieren, bis sie völlig ausgestorben sind, wonach dann der Fonds aufgelöst und sein Vermögen dem Staate anheimfällt. Das Gesetz bezeichnet die Regierung als dringend, um dem Volksentscheid auszuweichen und der mit einem Milliardendefizit arbeitende Staat zahlt die bare Entschädigung von 60 Millionen sofort aus.

Die Mamelukenmehrheit des bayerischen Landtags, aus der Bayerischen Volkspartei — dem schlecht getauften ehemaligen Zentrum — der Deutschnationalen Mittelpartei und dem „radikalen" Bauernbund bestehend, wird mit einigem Wenn und Aber über den Stock springen und die Entschädigung willig apportieren. Die Sozialdemokraten werden selbstverständlich gegen diese Verschleuderung von Staatseigentum ebenso energisch Front machen wie gegen den Wechselbalg von „Ausgleichsfonds", der zu einer Quelle neuer Rechtsgutachten, Haarspaltereien und Differenzen Anlaß geben wird, die, solange das bayerische Volk seine verfassungsgemäße Staatsmacht nicht anders ausübt, immer zugunsten der Wittelsbacher ausgehen müssen. In der Auseinandersetzung vollzieht sich ein Akt der deutschen und sonderbarsten aller Revolutionen, die sich in der Weltgeschichte jemals abspielten. Die Franzosen und Engländer verfuhren mit ihren Dynastien etwas weniger gemütlich! Aber da wir Deutschen jede Sache mit äußerster Gründlichkeit betreiben und dabei immer aus der Tiefe unsres Gemütes schöpfen, so erscheint die bayerische Handelschaft mit den Wittelsbachern, mit der G. m. b. H. zur Kräftigung ihrer Restauration, eigentlich nur als ein tiefwurzelnder Lehrgegenstand, wie Revolutionen nicht gemacht werden dürfen, wenn sie dieser Bezeichnung wert sein wollen.

Die Kohlensteuer

Der Reichsrat beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Gesetz zur Verlängerung der Kohlensteuer. Das bestehende Kohlensteuergesetz läuft Ende März ab. Die Reichsregierung glaubt, nicht darauf verzichten zu können und hat deshalb einen neuen Entwurf ausarbeiten lassen. Die Reichsratsausschüsse haben der Verlängerung ohne Befristung zugestimmt und auch die Höhe der Steuer im allgemeinen mit 40 Prozent des Wertes der Kohle beibehalten. Ebenso sind bei den übrigen Kohlenrevieren, in denen nur Teilbeträge der Steuer zur Erhebung kommen, keine Aenderungen vorgenommen worden, mit Ausnahme des rheinischen Braunkohlenreviers, wo in Zukunft statt der bisherigen 111,5 Prozent nur noch 100 Prozent erhoben werden sollen. Nach längerer Erörterung über eine Ermäßigung der Steuer zugunsten des Hausbrands haben die Ausschüsse mit Mehrheit folgende Entschließung vorgeschlagen: „Der Reichsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald Maßnahmen in die Wege zu leiten, die dazu dienen, den Bezug des Hausbrands für bedürftige Volkskreise, gemeinnützige Anstalten und öffentliche Schulen zu verbilligen und zu erleichtern." Die Vollversammlung stimmte dem Gesetz und der Entschließung zu.

1½ Prozent Holzabgabe

Ueber die Höhe der Holzabgabe im Preisenotgesetz kam es bekanntlich zu einer Differenz zwischen Regierung, Reichsrat und Reichstag. Der Reichstag hatte die Holzabgabe auf zwei Prozent der Einnahmen aus den Holzverkäufen festgesetzt, während die Regierungsvorlage 1½ Prozent vorgeschlagen und der Reichsrat nur ein Prozent zugestanden hatte. Der Reichsrat erhob gegen den Beschluß des Reichstags Einspruch. Die neuen Verhandlungeen haben nun zu einer Einigung auf der Grundlage von 1½ Prozent geführt. Der Reichstag wird sich am Dienstag neuerdings mit dieser Frage befassen und wahrscheinlich die neue Vereinbarung gutheißen.

Kleine politische Nachrichten

Eine Milliarde Mark ausgeschüttet

Berlin, 23 Februar. Entsprechend den Beschlüssen des Vertrauensausschusses für das deutsche Volksopfer sind in der vergangenen Woche über eine **Milliarde Mark zur Ueberweisung an Notleidende im Einbruchs- und altbesetzten Gebiete ausgeschüttet worden.**

Parolenstatistik

Im Rheinland hat ein Genosse eine Statistik des kommunistischen Parole-Barometers in einem Kopfblatt des Ruhr-Echo vorgenommen und dabei festgestellt, daß das Blatt in seinen 391 bisher erschienenen Nummern die Kleinigkeit von 469 Aufrufen, Forderungen, Ukasen usw. verbrochen hat. Soll man sich dabei wundern, daß vor lauter Wirrwarr in den Köpfen die Kommunisten nicht mehr wissen, was sie wollen?

Ein nationalsozialistisches Bombenattentat

Wie aus Braunau am Inn berichtet wird, hat ein 18jähriger Nationalsozialist bei der Hochzeit eines jüdischen Lederhändlers eine Bombe geworfen. Die Braut ist den Verletzungen erlegen. Außerdem wurden vier weitere Personen verwundet. Der Attentäter sagte aus, daß er die ganze Hochzeitsgesellschaft in die Luft sprengen wollte.

Verbot nationalistischer Versammlungen

Das thüringische Staatsministerium hat die in den verschiedenen Städten geplanten Versammlungen der Deutschvölkischen Freiheitspartei verboten, da sie glaubt, Grund zu der Annahme zu haben, daß sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würden. Es ist bekannt geworden, daß die Freiheitspartei die Absicht hatte, von außerhalb, wahrscheinlich von Bayern, Saalschutz für die geplanten Versammlungen heranzuholen.

Einigung über Lausanne

Nach Telegrammen aus Angora soll der dortige Ministerrat zu einer Einigung bezüglich der Anempfehlung des Lausanner Vertrages gelangt sein.

Die Sowjetregierung soll den amerikanischen Senator Borach eingeladen haben, bei seiner europäischen Reise auch Moskau einen Besuch abzustatten.

Aus aller Welt

In der Wohnung verhungert

Blättermeldungen zufolge wurden in Lichterfelde die 67 Jahre alte Arztwitwe Johanna Hoffmann und ihre 34 Jahre alte Tochter Wally völlig entkräftet und fast besinnungslos in ihrer Wohnung aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß beide in hohem Grade unterernährt und dem Hungertode nahe waren. Frau Hoffmann ist im Krankenhause gestorben. Die Tochter schwebt in Lebensgefahr.

13 Menschen verbrannt

Wie aus Kansas City gemeldet wird, sind bei einer Feuersbrunst in einer Pension 13 Personen umgekommen. Man glaubt, daß noch drei Tote unter den Trümmern liegen.

Letzte lokale Nachrichten

Tod eines Brautpaares. Zu der Notiz unter dieser Spitzmarke in der Sonnabendnummer unsrer Zeitung wird berichtigend mitgeteilt, daß das in Frage kommende Mädchen nicht 26, sondern 23 Jahre alt, und nicht Packerin, sondern Kontoristin war. Der in Frage kommende Reichswehrsoldat war der Bräutigam des Mädchens. Er hatte einen Urlaub dazu benutzt, seine Verlobte zu besuchen. In nächster Zeit wollten die beiden heiraten. Nun sind sie dem geschilderten Unglücksfall zum Opfer gefallen.

Gewarnt wird vor einem Betrüger, dem stellungslosen 23jährigen Chauffeur Emil Ufer, aus Weißer Hirsch gebürtig, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, der in letzter Zeit als Betrüger auftritt. Ufer sucht ihm und seinen Angehörigen bekannte Personen auf, veranlaßt sie unter verschiedenen unwahren Angaben zur Hergabe von hohen Geldbeträgen, die er am nächsten Tage schon wieder zurückbringen will, was er aber nicht einhält. Die Kriminalpolizei bittet gegebenenfalls seine Festnahme veranlassen zu wollen.

Diebstahl von Springbrunnenfiguren. In der Nacht zum 15. Februar wurde aus dem Vorgarten Chemnitzer Straße 27 vom Springbrunnen eine 75 Zentimeter hohe, 1½ Zentner schwere Bronzefigur, einen nackten Knaben darstellend, und in der Nacht zum 23. Februar aus dem Garten eines Villengrundstücks an der Emser Allee in Vorstadt Blasewitz von einem Springbrunnen ebenfalls die Figur eines nackten Knaben aus Zinkguß, der eine kleinere Schale auf dem Kopfe trägt, gestohlen.

Der Dollar 22 693,12

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.)

	26. 2. Geld	26. 2. Brief	24. 2. Geld	24. 2. Brief
Amsterdam . 1 Gulden	8977,50	9022,50	8977,50	9022,50
Buenos Aires 1 Peso	8379,—	8421,—	8379,—	8421,—
Norwegen . . 1 Krone	4164,56	4185,44	4199,77	4240,53
Dänemark . . 1 Krone	4398,97	4421,03	4413,93	4436,07
Schweden . . 1 Krone	6034,87	6065,13	6059,81	6090,19
Helsingfors . 1 fin. Mark	610,47	613,53	615,95	619,05
Belgien . . . . 1 Frank	1211,96	1218,04	1211,96	1218,04
Italien . . . . 1 Lire	1092,26	1097,74	1094,75	1100,25
London . . . . 1 Pfd. Sterl.	106483,02	107016,88	106732,25	107267,50
Neuyork . . . 1 Dollar	22693,12	22806,88	22718,06	22131,94
Paris . . . . . 1 Frank	1384,03	1390,97	1371,56	1378,44
Schweiz . . . 1 Frank	4259,32	4280,68	4274,28	4295,72
Spanien . . . 1 Peseta	3531,15	3548,85	3541,12	3558,88
Wien (abgest.) 100 Kronen	32,11	32,29	32,01	32,19
Prag . . . . . 1 Krone	669,32	672,68	672,31	675,69
Budapest . . . 1 Krone	7,73	7,77	7,33	7,42

Polnische Noten 46,—.

rs. **Berlin**, 26. Februar. (Eig. Drahtm.) Am Devisenmarkt hat das Geschäft auch in der neuen Woche keine wesentliche Ausdehnung erfahren. Heute vormittag lagen am Devisenmarkt nur sehr geringe Aufträge von industrieller Seite vor, die kaum eine Veränderung des Kursniveaus herbeiführten. Der berufsmäßige Devisenhandel legte sich weiterhin eine durch die schwierigen Geldverhältnisse erzwungene Reserve auf. Das kurz bevorstehende Ultimo bestärkt auch dieses Moment, so daß auch von dieser Seite aus keine großen Engagements vorgenommen wurden. Der Dollar setzte in den Morgenstunden mit 22 500 ein, befestigte sich vorübergehend bis 22 750 und gab späterhin wieder bis auf 22 500 nach. Auch an den internationalen Devisenplätzen ist die Markbewegung weiterhin sehr gering, von den sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln wurde London mit 106 000 bis 107 000 M. umgesetzt. Der Effektenmarkt steht im Zeichen außerordentlicher Geschäftsstille, selten waren die Kaufs- und Verkaufsorder bei den Maklern so gering wie heute.

---

schnellen Sätzen, sehr von Grieg beeinflußt. Das erscheint uns heute als kein Vorteil. Mit Brahms' (ungefähr) 30 Variationen über ein Händelsches Thema mit endender Fuge klang der Abend in Bewunderung für den Pianisten aus. P. B.

Kothe-Abend. Der 5. Dresdner Unterbezirk der V. S. P. D. hatte sich Robert Kothe mit seiner Partnerin Lies Engelhardt nach dem Künstlerhaus verpflichtet. Es muß doch etwas Schönes sein um den Ruf eines Altmeisters. Man wird gerufen und gefeiert. Auch wenn man nur Altmeister in einer schlichten Kunst ist. Der verhältnismäßig noch junge Kothe ist schnell in den Ruf eines Altmeisters gekommen, weil seine Bestrebungen zur Belebung des Lautengesanges so schnell wie selten etwas von größtem Erfolg begleitet waren. In Ein- und Zwiegesängen kamen jetzt wie immer volkstümliche Wander-, Tanz-, Frühlings-, Scherz- oder Liebeslieder zu Gehör. Auch ein Vertreter der allerzartesten Liedlyrik, die es wohl überhaupt gibt, ein Weihnachtslied, das milde, süße Susani, fehlte nicht und fand besonders starken Widerhall. Der Abend fand ohne die Jugend statt. Einige größere Lücken in den Stuhlreihen zeugten dafür, daß die Alten in bezug auf künstlerische Begeisterung den Vergleich mit der Jugend nicht ganz aushalten. Kr.

Vortrag

Soziologie der Kunst. In der letzten Vortragsveranstaltung der Schopenhauer-Gesellschaft sprach (an Stelle des erkrankten Dr. Mockrauer) Dr. Manasse über: Soziologie der Kunst. Ausgehend von der Frage, ob in Zeiten wirtschaftlichen und sozialen Elends künstlerische Betätigung überhaupt ein Daseinsrecht habe, wies der Vortragende auf die Bedeutung soziologischer Kunstbetrachtung hin; indem diese die Beziehungen zwischen Kunst und gesellschaftlichem Leben aufklärt, ermöglicht sie zu unterscheiden zwischen solchen Kunstgestaltungen, die öffentliche Angelegenheit und gesellschaftlich wesentlich sind, und solchen, die nur artistisch als ästhetische Privatsache sich erweisen. Von hier aus komme man zu einem Maßstab der Rechtfertigung für Kunstbetätigung. Von hier aus könne man aber auch die Entwicklungslinien der Kunst aufspüren und erkennen, welche Tendenzen Zukunft haben und welche nicht. Der Referent versuchte den Nachweis, daß infolge der besonderen Art des gesellschaftlichen Zusammenarbeitens beim Theater (Ensemble) diesem die Zukunft gehöre, wie sich überhaupt ein Gesetz soziologischer Stufenfolge der Kunstgattungen feststellen lasse, wonach in Zeiten reifer Hochkultur mehr die bildende Kunst, in Zeiten der Gärung und Krisen wie heute mehr die darstellerische Kunst im Vordergrunde stehe. In eingehenden Ausführungen wurde die Bedeutung des Tänzerischen für die Schauspielkunst dargelegt; indem die Betonung des Körperlichen allgemein durch Auflockerung der verschütteten Ahnungen und Strebungen des Menschen zur Wiederentdeckung der Ausdrucks- und Gestaltungsformen führe, werde so auch wieder das Gefühl für die Urkräfte des Sprachlichen erweckt. Andeutungen der tiefen Zusammenhänge zwischen Körper und Sprache, Tanz und Wort und ihrer Einheit im Darstellerischen beschlossen den Vortrag, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, von einer außerkünstlerischen Warte das Leben der Kunst zu betrachten, um von dort aus praktische Forderungen und Zielsetzungen aufzustellen. — Eine kurze, doch fruchtbare Diskussion diente der Klärung und Vertiefung der behandelten Probleme. -n-

Dresdner Kalender

Theater am 27. Februar. Opernhaus: Tiefland (7½). Volksbühne Nr. 5803 bis 5835. — Schauspielhaus: Rausch (7½). Neustädter Schauspielhaus: Scampolo (7½). — Residenz-Theater: Die Dollarprinzessin (7½).

Opernhaus. In dem Konzert, das am 2. März im Gewerbehaus zugunsten der Unterstützungskasse für die Musikalische Kapelle, unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Busch und unter Mitwirkung des Pianisten Franz Wagner, stattfindet, gelangt zur Aufführung: 1. Cornelius Dopper, Tragische Ouvertüre (Erstaufführung). 2. Klavierkonzert von Beethoven, F-Dur. 3. Zweite Sinfonie von Brahms.

Schauspielhaus. Heute (6½) Schillers Kabale und Liebe, nicht Romeo und Julia, wie zuerst angesetzt.

Dresdner Lehrergesangverein. Wie wir erfahren, hat Musikdirektor Johannes Reichert sein Amt als Liedermeister des Dresdner Lehrergesangvereins wieder aufgegeben. Um dem Verein die Durchführung seines für den 8. März (7½) im Gewerbehause angesetzten zweiten Winterkonzerts zu ermöglichen, hat sich Generalmusikdirektor Fritz Busch bereit finden lassen, es zu leiten.

Alexander Wierth vom Schauspielhaus wird auf Einladung der „Gesellschaft 1916 für Ausbreitung und Austausch deutscher und dänischer Kulturgüter" am 28. Februar in Kopenhagen Gedichte von Goethe, Schiller, Heine, Hebbel und Gellert vortragen.

Buch und Kunst-Vorträge. Dienstag den 6. März (7½) im Künstlerhaus, Albrechtstraße, Walter Hasenclever: Himmel, Hölle, Geisterwelt. Der Zustand des Menschen nach dem Tode. Vorlesung aus Swedenborgs Werken in eigner Nachdichtung. Karten bei „Buch und Kunst", Dresden-A., Viktoriahaus, Waisenhausstraße und Weißer Hirsch, Parkhotel. (Fernsprecher Dresden 10874 und Loschwitz 414.)

Sächsische Landesbibliothek. Die Neuerwerbungen der letzten acht Tage sind vom 26. Februar bis 3. März im Lesesaale der Bibliothek ausgestellt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel ersparen Fleisch u. Fett

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie feinste Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.

Nur echt mit dem Namen **MAGGI** auf der rotgelben Packung. [449]

Hundesperre.

Nachdem an einem Hunde in **Pillnitz** (selber deutscher Schäferhund, Rüde, 8 Monate alt) und ferner an einem frei umhergelaufenen **Hunde** (40 cm groß, gelber Bastard) in **Pirna die Tollwut festgestellt** worden ist, wird auf Grund von § 74 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 für die Gemeinden Pillnitz, Borsberg, Gönnsdorf, Wünschendorf, Hosterwitz, Friedersdorf, Malschendorf, Niederpoyritz, Oberpoyritz, Pappritz, Rochwitz mit Eichbusch und Helfenberg, Reitzendorf, Söbrigen, Schullwitz, Schönfeld, Wachwitz, Weißig und Zaschendorf sowie die Gutsbezirke Pillnitz (Domäne, Staatsforstrevier und Schloß) und Schönfeld die **Festlegung der Hunde**

bis mit 17. Mai 1923

angeordnet. Der Anordnung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine. Innerhalb vorbenannter Zeitdauer dürfen Hunde ohne polizeiliche Erlaubnis aus dem Sperrbezirke nicht ausgeführt werden. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß sie fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauches festgelegt werden. Die Verwendung von Jagdhunden bei der Jagd ist unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außerhalb der Zeit des Gebrauchs (innerhalb des Jagdreviers) festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorbe versehen an der Leine geführt werden. Hunde, die den vorstehenden Bestimmungen zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu erschießen. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Hundesperre werden nach § 74 des Viehseuchengesetzes mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15 Mark bis 300 Mark geahndet, während fahrlässige Zuwiderhandlungen nach § 77 der sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 mit Geld bis zu 1500 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft werden. [140

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt,
am 24. Februar 1923.

V. S. P. D., Bezirk Trachenberge.

Nachruf.

Am 19. Februar verschied unser langjähriger Parteigenosse

Kaufmann Georg Böhme.

Ehre seinem Andenken!

[b161] Die Bezirksleitung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Gatten, Vaters, unseres Sohnes und Bruders

Willy Köhler, Schlosser

sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Parteigenossen den herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Arbeiterschaft der Firmen Roß und Walter Geißler für die zahlreichen Spenden und für das freiwillige Tragen seiner Kollegen. Ferner noch Dank dem Chef der Firma Geißler, dem Genossen Arzt und den Sängern des Volksmännerchors

[b465] In tiefer Trauer: Die Hinterbliebenen.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die liebevollen Spenden beim Heimgange meines lieben Gatten

Emil Röhle

sage ich allen, allen herzlichsten Dank.
Besondern Dank dem Volksmännerchor für die Gesänge und dem Genossen Meuter für die tröstenden Worte beim letzten Abschied.

Martha verw. Röhle geb. Stieglich

[n196] Strehlener Straße 19, 3.

Erd- u. Feuerbestattungen
Ueberführungen
auch mittels **Kraftwagens**
Dresdner Beerdigungs-Anstalten
Pietät und **Heimkehr** [1337
Am See 26 Bautzner Str. 37
Tel. 20177, 20158, 21664 Tel. 25001.

Pieschen. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sämtl. Parteiliteratur u. derg. l. An ahme von Inseraten u. Druckaufträgen. **Paul Weichelt, Oschatzer Str. 12,** Buchhandlung

Briesnitz. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie sämtliche Literatur nimmt entgegen Kolporteur **Ernst Nolde,** Wettinerstr. 8, part.

Laubegast.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung sowie auf sämtliche Literatur und Zeitschriften nimmt entgegen

Alfred Freyer, Laubegast, Bismarckstr. 1, pt.
Sämtliche Aufträge werden umgehend erledigt.

Noch außerordentlich preiswert
kaufen Sie
Anzüge, Schlüpfer, Joppen
Hosen, Manchesteranzüge
bei
Kesten, Oberseergasse 3
Billigste Bezugsquelle für Händler
Angezahlte Sachen werden längere Zeit zurückgelegt. [w71

Mey's Stoffkragen mit **Wäschestoff** überzogen wieder lieferbar

Angenehm im Tragen
Bequem für die Reise
Keine Dauerwäsche
Nicht hüllend wie Gummikragen
Elegant gleich Leinenwäsche
Vorteilhafter u. billiger als diese
Keine Wasch- u. Plättkosten

Nur echt mit der Firma Mey & Edlich

Mey & Edlich
Stoffwäschefabrik
Leipzig-Plagwitz
Bezugsquellen werden angezeigt

Bei der jetzt immer noch weiter enorm fortschreitenden Geldentwertung ist die Losung bei fast allen wirtschaftlichen Unternehmungen:

Erhöhung des Betriebskapitals

Die Konsumvereine sowohl als auch die Parteiunternehmungen haben mehrfach ihre Anteile wesentlich erhöht. Auch wir brauchen ständig größere Betriebsmittel, die letzten Endes bei Banken, die jedoch dafür bis 20 Prozent Zinsen verlangen, zu haben sind. Diese Ausgaben können die Genossen ihrem eigenen Unternehmen ersparen, wenn sie es weiter noch durch

Einzahlungen von Darlehen

— die mit 5 Prozent verzinst werden — unterstützen. Darlehen von 1000 Mark an werden jederzeit in unsrer Geschäftsstelle, Dresden-A., Wettinerplatz 10, Hinterhaus 1 Treppe, entgegengenommen.

Verlag der Volkszeitung

Felle kauft [1120 zu höchsten Tagespreisen
Pelzwarenfabrik Carl Dreier
Wettinerstraße 38 — I. Stock —
Geschäftszeit v. 9—5 Uhr.

Grammophonplatten abgespielte, zerbrochene, Stück 500 M., kauft **Tappert** Wettinerstraße 34. Bei 5 Platten Straßenbahn-Fahrtvergütung.

Achtung! Betriebsräte! Achtung!
Neu erschienen:
Cl. Nörpel: Aus der Betriebsrätepraxis
II. Teil.
Spruchsammlung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen.
I. Teil ebenfalls vorhanden.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Dr.-Bühlau. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Literatur. Annahme von Inseraten. **Bernhard Olbrich,** Dresden-Bühlau, Loschwitzer Straße 35.

Radeberg Heute Montag, 26. Februar Gasthof zum Roß:
Bischofswerda Mittwoch, 28. Februar Aula der Bürgerschule:

Lichtbilder-Vorträge: „An der Ruhr"

90 Bilder über: 1. Das industrielle Herz Deutschlands. 2. Kohle und Eisen. 3. Der Rechtsbruch an der Ruhr. [n 302

Von der Erhebung eines Eintrittsgeldes ist abgesehen worden. Am Eingang werden freiwillige Spenden, die den Einwohnern des Ruhrgebiets zugute kommen, erhoben. Beginn 7½ Uhr. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Landesabteil. Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst.

Vaterland-Lichtspiele Freiberger Platz 20.
Ab Dienstag bis Montag!
Der große Detektiv-Schlager
Max Landa
der beste Detektivdarsteller der Gegenwart
in
Die Perlen der Lady Harrison
Detektivfilm in 6 Akten von Hans von Wolzogen.
Hauptrollen:
Max Landa, der Detektiv — Hanni Weiße als Lady.
Dazu ein reizendes **Dammann-Lustspiel,** 2 Akte.
Einlaß 4, 6, 8½ Uhr. Sonntags ab 3½ Uhr. [1813
Max Landa als Stuart Webbs

Sarrasani
Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus
Heute 7,15 Uhr
Vorletzter Tag
Der Fremden-Legionär
Morgen Mittwoch, 3 Uhr und 7,15 Uhr: Die letzten zwei Aufführungen
Donnerstag: **Ringkämpfe**
Schikat gegen Carl Saft
Ritzler gegen Köhler
Löwe gegen Pichler
Freitag: **Boxkämpfe**
Prenzel gegen Seybold und 3 weitere Paare.
Vorverkauf ist im Gange. [1080

Ball-Anzeiger
für Montag den 26. Februar:
Deutsche Reichskrone ● Festsaal ● Königsbrücker Str. Straßenbahnl. 5 und 7.
Paradiesgarten Dresdens besuchteste Tanzstätte.
Faun-Palast **Stadt Leipzig** Dresden-N., Leipziger Str. 76 Linien 10 und 15.
Dienstag d. 27. Februar:
Goldnes Lamm Straßenb.-Linien 10, 15, 17. Oberbayrischer Gebirgsball Sonntags und Dienstags.
Plauenscher Lagerkeller Jeden Dienstag: Feiner Ball.

Metallschmelze
Max Haupt, Pönischpl. 17, 2., Tel. 35372
kauft laufend: Kupfer, Messing, Rotguß, Zink, Blei, Zinnschnitt, Geldbörsen, Bierleitungsrohr, Kapselblei, Kupfer-, Messing-, Rotgußhähne, alte kupferne Badeöfen, Zinkbadewannen, Messingkronleuchter u. Lampen zu höchsten Tagespreisen. [b1196

Gold-, Silber-, Doublé-
Gegenstände und -Bruch
alte Gebisse — alte Geigen
kauft täglich [w28
Stanelle, Alaunstr. 26.
30jähr. reelle Firma

Bubi zahnt

DENTINOX hilft! [1714
Ausz. a. Crocus u. Myrrha m. Zuckerart. vergärt
Ueberall erhältlich
Schlösswerke, Dresden 16.

Beyer-Schnitte und Abplättmuster sind die besten! [1333
Verkauf: Beyer-Schnitte Schössergasse 2, am Altm., Hanauer, Oschatzer Str. 15.

Bis 20000 M. zahle ich für alte **Grammophone** ohne Tricht. u. bis 10000 M. m. Tricht. **Tappert** Wettinerstraße 34.

Wachwitz Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen Kolporteur Julius Lücke, Wachwitz, Grundstr. 54.

Markgrafenstr. 40
Neustädter Edelmetallhandlung
Preußer & Glaser
kauft dringend auf streng reeller Basis
Verwiegen vor den Augen des Verkäufers
Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände, -Bruch, Zahngebisse und
Doublé
auch in kleinsten Mengen [b1464
Markgrafenstr. 40
Geschäftszeit 9—12½ u. 3—6 Uhr.
Telephon 17484

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung auf sämtliche Parteiliteratur usw. sowie Annahme von Inseraten beim Kolporteur **Johannes Schnell, Langebrück** Gasanstaltsstraße 5, 1.

Rabenau Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, auf sämtliche Parteiliteratur und sonstige Bücher sowie Inserate für die Volkszeitung nimmt entgegen Kolporteur Nitzsche, Rabenau, Bismarckstr. 84.

Trachenberge. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Parteiliteratur und alle andern Werke — Annahme von Inseraten u. Druckaufträgen — bei **Georg Gnepper,** Großenhainer Str. 133.

Schreib-maschinen [w71 bei **Wiesner** Schefflelstr. 18 Privat- oder Vertriebsstelle.

M. Kroan, Löbtauer Str. 24 Heilkundige. Sprechzeit: tgl. 10-12, Donnerstags 3-5 Uhr.

Schuhe und Stiefel Anzüge, Joppen, Hosen usw. kaufen Sie noch billig nur Flemmingstr. 5. Langer.

Eleg. Klapp-, Promenaden- u. Kinderwagen, neu, noch bill. zu verk. Coppelstraße 18, I.

Trauringe von 4000 M. an Uhren u. Goldwaren billigst! [1339 **Edmund Rudolph** Wettinerstr. 52.

Achtung! **Dobritz.** Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung u. sämtl. Parteiliteratur Annahme von Inseraten **R. Techt** Georg-Marwitz-Str. 24.

Agitiert für die Volkszeitung

Ausschneiden! **Der Steuerabzug ermäßigt sich** Aufbewahren!

je nach Art der Lohnzahlung und nach dem Familienstand ab 1. März 1923 um folgende Beträge:

Familienstand	vierteljährlich	monatlich	14tägig	wöchentlich	täglich
Unverheirateter oder verwitweter Arbeitnehmer ohne Kinder	14400	4800	2304	1152	192
Verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder	16800	5600	2688	1344	224
Unverheirateter oder verw. Arbeitnehmer mit 1 mittellosen Angehörigen oder 1 minderj. Kind	26400	8800	4224	2112	352
Verheirateter Arbeitnehmer mit 1 minderjährigen Kind oder mittellosen Angehörigen	28800	9600	4608	2304	384
Ledig oder verwitwet mit 2 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	38400	12800	6144	3072	512
Verheiratet mit 2 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	40800	13600	6528	3264	544
Ledig oder verwitwet mit 3 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	50400	16800	8064	4032	672
Verheiratet mit 3 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	52800	17600	8448	4224	704
Ledig oder verwitwet mit 4 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	62400	20800	9984	4992	832
Verheiratet mit 4 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	64800	21600	10368	5184	864
Ledig oder verwitwet mit 5 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	74400	24800	11904	5952	992
Verheiratet mit 5 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	76800	25600	12288	6144	1024
Ledig oder verwitwet mit 6 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	86400	28800	13824	6912	1152
Verheiratet mit 6 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	88800	29600	14208	7104	1184
Ledig oder verwitwet mit 7 minderjährigen Kindern oder Angehörigen	98400	32800	15744	7872	1312
Verheiratet mit 7 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	100800	33600	16128	8064	1344
Ledig oder verwitwet mit 8 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	110400	36800	17664	8832	1472
Verheiratet mit 8 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	112800	37600	18048	9024	1504
Ledig oder verwitwet mit 9 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	122400	40800	19584	9792	1632
Verheiratet mit 9 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	124800	41600	19968	9984	1664
Ledig oder verwitwet mit 10 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	134400	44800	21504	10752	1792
Verheiratet mit 10 minderjährigen Kindern oder mittellosen Angehörigen	136800	45600	21888	10944	1824

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sachsen

Keine Ansprüche der Religionsgesellschaften

In der Rechtsausschußsitzung am 21. Februar wurden behandelt die Anträge der Deutschen Volkspartei, die eine Aufhebung der bekannten Verordnungen des Kultusministers forderten. Im Gegensatz zu früher erklärte der Berichterstatter, Abg. Hickmann (D. Vp.), daß rechtliche Ansprüche der Religionsgesellschaften nicht vorlägen. Es handle sich lediglich um Forderungen der Toleranz. Der Berichterstatter mißbilligte sogar die Agitation, die seinerzeit unter den Eltern betrieben worden war, um die Eltern zur eigenmächtigen Fernhaltung ihrer Kinder vom Unterrichte an staatlich nicht anerkannten Feiertagen zu bewegen. Weltfremd muteten die Ausführungen an, als der Berichterstatter den „hohen erziehlichen" Wert der Morgen- und Wochenandachten in den Schulen rühmte. Die Schüler der höheren Schulen hätten sogar zur Selbsthilfe gegriffen und aus eigenem Antriebe solche Andachten eingeführt. In der heutigen Jugend lebe ein Geist, der bald auf die Weltanschauung, die aus den Verordnungen des Kultusministers spreche, „herabsehen" werde. Andre Abgeordnete der Rechtsparteien waren nicht so restlos erbaut über den Wert der Andachten. Abg. Hickmann meinte, das Uebergangsschulgesetz und die entsprechenden Artikel der Reichsverfassung seien lediglich als ein „Programm" anzusehen. Von unsern Genossen wurde darauf hingewiesen, daß damit die Verfassung und das Gesetz ihres bindenden Charakters entkleidet werden. Die Anträge der Deutschen Volkspartei wurden abgelehnt.

Die Beratung über die Vorlage, die Erhöhung der Grundsteuer betreffend, wurde abgebrochen und vertagt. Immerhin waren die Ausführungen des Regierungsvertreters interessant, weil er an der Hand eines konkreten Beispiels nachwies, daß die Erhöhung der Grundsteuer ganz gering sei. Die Nachzahlung für 1922 betrage für ein Grundstück mit 58 400 M. Ertragswert nur 1095 M., das sind 1,36 Prozent der Jahresmiete nach dem Stande vom Januar 1923.

Sachsen und die Erwerbslosen-Unterstützung

(N.) Die am 12. Februar in Kraft getretenen Sätze der Erwerbslosen-Unterstützung bedeuten einen gewissen Erfolg der dauernden Bestrebungen der sächsischen Regierung auf Verbesserung der Lage der Erwerbslosen, decken sich aber leider nicht in allen Fällen mit den Summen, die der letzte sächsische Initiativantrag für notwendig gehalten hat. Besonders unzureichend erscheinen die Sätze für Erwerbslose unter 21 Jahren und Ehegatten, die bei den männlichen Erwerbslosen um 210 M., bei den weiblichen Erwerbslosen um 220 M., bei Ehegatten um 110 M. täglich hinter dem sächsischen Antrag zurückgeblieben sind. Ebenso ist es leider nicht gelungen, die Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen in ausreichender Weise zu vermindern. Gebrochen wurde allerdings mit dem bisherigen System, wonach die Spannung von Ortsklasse zu Ortsklasse mindestens je zehn Prozent betragen müsse. Es ist vielmehr ein Abstand um feste Beträge vorgesehen worden, der freilich nach Ansicht der sächsischen Regierung noch viel zu hoch ist und der Tatsache keine Rechnung trägt, daß die Kosten für Brot, Margarine und Kohlen, also die Hauptbedürfnisse, die ein Erwerbsloser hat, auch in den Orten der niedrigen Ortsklasse überall die gleichen sind. Die sächsische Regierung wird bemüht bleiben, weiterhin für eine Gestaltung der Erwerbslosenunterstützung einzutreten, die eine selbsttätige Anpassung an den jeweiligen Geldwert bedeutet; Sachsen wird auch eine Erhöhung des Gesamtbetrages der Familienzuschläge auf das dreifache der dem Hauptunterstützungsempfänger gewährten Unterstützung durchzusetzen bestrebt sein. Beides kann nur im Wege eines Gesetzes geschehen, das im Reichsrat eingebracht werden wird.

In der morgigen Sitzung des Landtags stehen wirtschaftliche, darunter Miets- und Wohnungs-Fragen auf der Tagesordnung.

Der Rechtsausschuß beantragt, die Schulbefreiung an staatlich nicht anerkannten Feiertagen im Sinne der Toleranz so zu regeln, daß die Bedürfnisse der verschiedenen Religionsgesellschaften gleichmäßig berücksichtigt werden und die Verordnung vom 24. April 1922 aufzuheben.

Das Los entschied. Bei der Wahl des dritten Bürgermeisters von Leipzig ergab der Wahlgang, wie acht Tage vorher, Stimmengleichheit für die beiden Kandidaten, unsern Genossen Dr. Herz und Dr. Kubitz. Es mußte also das Los entscheiden, wie bei der Vorsteherwahl. Auch diesmal entschied das Los zugunsten der Bürgerlichen. Dr. Kubitz, der damit auf sechs Jahre gewählt ist, ging als „Sieger" hervor, was auf der rechten Seite eitel Freude hervorrief, die einen lebhaften Widerhall bei den Polizeibeamten findet, die ihren Chef herzlich gern an die Stadt zurückgeben.

Der Reichspräsident hat dem Leipziger Meßamt mitgeteilt, daß er der Einladung zum Besuche der diesjährigen Frühjahrsmesse voraussichtlich am 7. März werde folgen.

Vorträge während der Leipziger Frühjahrsmesse. Geheimrat Professor Dr. Eberhard Gothein von der Heidelberger Universität wird am 8. März, abends 7½ Uhr, im Bibliotheksaal der Leipziger Handelskammer einen Vortrag über die Arten der Preisbildung und ihre Verwendung in der Gegenwart halten. Am 9. März wird ebenfalls dort abends 7½ Uhr der Vorsitzende der Reuleaux-Gesellschaft, Professor Hundhausen von der Technischen Hochschule in Dresden über Reuleauxsche Kinematik (Maschinengetriebelehre oder Zwangslaufmechanik) usw. sprechen.

Einig

Die nationalistische Presse erhob ein Freudengeheul über den Sturz Lipinskis und damit der roten Regierung in Sachsen. Wie weit die Kommunisten mit den Deutschnationalen übereinstimmen, geht aus folgendem „schönen" Gedicht „Zum Abschied" hervor, das der kommunistische Kämpfer veröffentlicht:

Lipinski gefallen!
Nun ist er tot,
und war doch von allen
den „Roten" so rot.
Da liegt er nun, der Gute,
im rosahellen Blute.

Lipinski, mackrer Kämpe,
du fochtest Tag und Nacht.
Jetzt haben sie ein Ende
dem Frevelspiel gemacht,
Lipinski, ach, du Guter:
Die Hände weg vom Ruder!

Kommunisten und Deutschnationale sind sich wieder einmal einig.

Stadt-Chronik

Welche Miete habe ich am 1. März zu zahlen?

Das Ortsmietenamt Dresden veröffentlicht die nachstehende Tabelle zur Berechnung der Miete:

Friedensmiete	Grundmiete	1110 v H der Grundmiete bei Grundstücken, die vor dem 31. Dezember 1902 fertiggestellt sind	1010 v H der Grundmiete bei Grundstücken, die später fertiggestellt sind
200	170.—	1887.—	1717.—
210	178.50	1981.35	1802.85
220	187.—	2075.70	1888.70
230	195.50	2170.05	1974.55
240	204.—	2264.40	2060.40
250	212.50	2358.75	2146.25
260	221.—	2453.10	2232.10
270	229.50	2547.45	2317.95
280	238.—	2641.80	2403.80
290	246.50	2736.15	2489.65
300	255.—	2830.50	2575.50
310	263.50	2924.85	2661.35
320	272.—	3019.20	2747.20
330	280.50	3113.55	2833.05
340	289.—	3207.90	2918.90
350	297.50	3302.25	3004.75
360	306.—	3396.60	3090.60
370	314.50	3490.95	3176.45
380	323.—	3585.30	3262.30
390	331.50	3679.65	3348.15
400	340.—	3774.—	3434.—
410	348.50	3868.35	3519.85
420	357.—	3962.70	3605.70
430	365.50	4057.05	3691.55
440	374.—	4151.40	3777.40
450	382.50	4245.75	3863.25
460	391.—	4340.10	3949.10
470	399.50	4434.45	4034.95
480	408.—	4528.80	4120.80
490	416.50	4623.15	4206.65
500	425.—	4717.50	4292.50
usw.		usw.	usw.

Wer eine höhere Friedensmiete als 500 M. gezahlt hat, setzt sich aus den Einzelsummen (z. B.: 600 = 400 + 200) seine Friedensmiete zusammen und berechnet danach seine gegenwärtige Miete.

Der späte Winter

Das nach langen Monaten sehr milder Witterung erst um die Februarmitte eingetretene Frostwetter erweist sich als ziemlich ausdauernd und bringt uns noch zuguterletzt den Winter, den man schon so gut wie überwunden glaubte. Allerdings hat sich, vom deutschen Nordosten abgesehen, wo auch in den letzten Tagen sehr erhebliche Schneemengen gefallen sind, der Frost in mäßigen Grenzen gehalten und nur vereinzelt 10 Grad Kälte erreicht. Die Widerstandskraft der winterlichen Witterung dürfte sich erhalten, solange auch in Skandinavien noch strenge Kälte herrscht, wo, allerdings im Norden des Landes, bis zu 36 Grad Kälte vorgekommen sind. Dagegen ist es in West- und Südeuropa fast ununterbrochen mild geblieben; nur an der Ostküste Englands und Schottlands haben starke Schneestürme stattgefunden. Eine wesentliche Verschärfung der derzeitigen Kälte ist allerdings nicht wahrscheinlich.

Ein Kleingewerbtreibender zur Steuererhebung

Ein Parteigenosse schickt uns eine Zuschrift über die Steuererhebung, aus der zu erkennen ist, daß auch Gewerbtreibende erkennen, daß die Einkommensteuer auch von den Gewerbtreibenden viel schneller erhoben werden könnte. In der Zuschrift heißt es:

„In mehreren Artikeln der letzten Zeit befassen Sie sich mit der Steuerleistung der selbständigen Berufe. Die darin geübte Kritik ist sehr berechtigt. Wenn nun aber gesagt wird, die verspätete Zahlung liegt nur am schlechten Willen der Steuerpflichtigen, so trifft das nur zu einem geringen Teile zu. Zum Steuerzahlen gehört nun einmal ein gelinder Zwang. Weshalb wird er nicht angewendet? Weshalb haben unsre Abgeordneten seinerzeit bei der Beratung des Gesetzes über den Steuerabzug vom Lohn nicht die Gegenforderung durchgedrückt, daß alle andern Steuerpflichtigen entsprechende Leistungen zu machen haben. Daß man den Abgeordneten darüber Vorwürfe gemacht hat, habe ich noch nicht gehört. Sie würden auch genau so wenig Berechtigung haben, als uns Kleingewerbtreibenden der Steuerschen zu bezichtigen. Denn wer hat zu jener Zeit voraussehen können, wie sich die Dinge entwickeln.

Was nun die Maßnahmen anbelangt, eine gerechtere Einziehung der Steuern zu erreichen, so halte ich den Vorschlag, sofort den zehnfachen Betrag des vorläufigen Steuerbescheides zu zahlen, für den richtigsten. Dann aber sollte für die Zukunft auf dem Verordnungswege bestimmt werden, daß jeder Nichtgehaltsempfänger am Monatsschluß einen seinem Verdienst entsprechenden Steuerbetrag abzuführen hat bzw. Steuermarken klebt, deren Entwertung die Zahlstellen mit Datumsstempel vornehmen.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß es nicht möglich ist, zum Beispiel in einem Handelsgeschäft am Monatsschluß den genauen Verdienst zu ermitteln. Das kann nur am Schlusse des Geschäftsjahres bei Aufstellung der Bilanz erreicht werden. Es ist dies aber auch unwesentlich, man kann ja Strafen bei absichtlichen Verfehlungen festsetzen. Der beste Beweis, daß es geht, zeigt sich bei der Umsatzsteuer. Bereits 1919 habe ich darauf hingewiesen, diese und auch die Einkommensteuer in kurzen Zwischenräumen nach eigenen Feststellungen zu erheben. Es ist aber bei der Umsatzsteuer erst 1922 eingeführt worden und auch da erst vierteljährlich. Warum kann die Steuer nicht monatlich verlangt werden, eventuell ebenfalls unter Anwendung des Markensystems?"

Ein teurer Pelzwaren-Schmuggel

Der Kaufmann Kliz, ein Deutschrusse, der wegen der bolschewistischen Unruhen aus der Ukraine geflohen war und sich dann einige Zeit in Polen aufgehalten hatte, hatte das ihm verbliebene Vermögen in 4 Nerzfellen und in einem Nerzmuff angelegt. Da er in die Tuchfabrik seines Schwagers in Forst (Lausitz) als Teilhaber eintreten wollte, brauchte er Geld, weshalb er seine Pelzwaren zu veräußern gedachte. Bei der Grenzüberschreitung am 11. Oktober 1920 schmuggelte er die kostbaren Felle dadurch ein, daß er sie in seinen Mantel einnähte. Als er sie und den Muff, über dessen Zweck er den deutschen Zollbeamten irreführende Angaben gemacht hatte, dann einige Tage später bei einem Kürschner in Leipzig für 1 300 000 M. verkaufen wollte, erfolgte seine Festnahme. Wegen verbotener Einfuhr von Pelzwerk wurde Kliz, der keine Einfuhrgenehmigung besessen hatte, zu 14 Tagen Gefängnis und 5 Millionen Mark Strafe verurteilt. Der Angeklagte — so führte das Landgericht aus — möge die Gesetzgebung über die Einfuhr in Deutschland nicht genau gekannt haben, da er zum ersten Male deutsches Gebiet betrat, jedenfalls wußte er aber, daß er für die Einfuhr seines hochwertigen Pelzwerkes die Erlaubnis notwendig hatte. Er habe bei der Grenzüberschreitung den Willen gehabt, das Pelzwerk zu veräußern. So hatte er die Köpfe und Füße von den Fellen nicht abgeschnitten, um deren Wert nicht zu vermindern. Die Irrtumsverordnung schlage nicht ein, da er Gelegenheit gehabt hätte, sich zu erkundigen. Die Revision des Angeklagten mache geltend, nach dem Geiste des Gesetzes solle nicht derjenige bestraft werden, der vor den bolschewistischen Unruhen sein Hab und Gut nach Deutschland rette, um sich hier eine neue Existenz zu gründen. Der Dolus eventualis sei nicht rechtlich einwandfrei festgestellt. Das Gesetz bezwecke den Schutz der deutschen Wirtschaft. Hier sei aber die deutsche Valuta

---

2

Der Einsam

Erzählung von Ludwig Anzengruber

„Ei ja," lachte der Hagere, „daß du uns 'n Alten vorruckst, dös versteht sich. Hat er ja doch, wie dein' Dirn' Hochzeit g'halten hat, ein Aug' drüber zudruckt, daß die mit 'm Kranzl und mit Begleitjungfern vor 'n Altar geht. Gelt, jetzt gibst dich? Is auch g'scheiter. Alle, die 'm Alten 's Wort reden, wissen wohl, warum sie's tun; freilich, du und deinesgleichen habt euch wieder ein' fein'sgleichen erhofft, aber 's hochwürdig' Konsistori weiß schon auch, warum's den Neuchen herg'setzt hat."

„Wohl, wohl," schrie der Dorfschuster, „so ein Herr taugt uns, der keine Uebelständ' duld't, nit geistlich, nit weltlich, wie auch recht is. Denn wie da auf 'm Bühel 's Gotteshaus über dem G'meind'haus und über allem steht, so soll auch der Herr Pfarrer zu oberst in der G'mein' stehn! Die paar Tag' schon, seit er im Ort, hat er 'm Burgermeister ganz gute Einschläg' in G'mein'sachen geben, und der, wie er g'scheit is, ordnet sich ihm auch unter; auch der Schulmeister darf sich nit sperren, schon in der Schul' muß der Grund g'legt werd'n . . ."

Der Dorfschneider wollte nicht zurückbleiben und fiel dem Schuster ins Wort: „Jawohl, schon bei 'n Kindern! Das laue Wesen und die laxe Mural, die fein am Rand, ein scharf' Regiment und ein' strenge Zucht hebt an, und wir, denen schon lang all die Neuerungen nit anstehen, wir sein jetzt die Herren da am Ort."

„Nit nur am Ort," nahm der Lange wieder die Rede auf, „laßt euch sagen, Manner, dös verbleibt nit in einem Sprengel, dös is für weiter ang'legt, nit nur da im Ort, bald im ganzen Land werd'n wir, die wir der Aergernis' müd' sein, die Herren spielen können, und dieselben, die 's uns jetzt noch z' Trutz meinen möchten, soll'n's wohl verspüren!"

Da erklang vom Burschentisch eine Zither und einer hob zu singen an:

„Geht's mer christlich nimmer z'samm,
Druckt's mich wie die Trud',
Heiß' ich mich halt Abraham
Und werd' a Binkljud'l"

Sofort sang ein zweiter:

„Und wenn eppa drauf ich kimm,
Daß ich da nix wirk',
Heiß' ich mich halt Ibrahim
Und werd' gar a Türk'l"

Eben griff ein dritter Bursche präludierend in die Saiten, die künftigen „Herren im Lande" schimpften laut, und es dürfte nicht lange mehr angestanden haben, so hätte wohl mancher Gerechte manchem Sünder Reue und Leid erwecken gelehrt und mancher Sünder manches Gerechten Geduld im Leiden erprobt, wäre nicht plötzlich am Zaune ein Mann vorbeigeschritten, bei dessen Erscheinen sofort Stille eintrat.

Die Burschen standen auf und rückten die Hüte, die Anhänger des neuen Seelsorgers neigten die Köpfe gegeneinander und begannen angelegentlich zu flüstern, um von dem Ankömmling keine Notiz nehmen zu müssen, und etliche Bauern, die, unbehaglich genug, mitten unter ihnen saßen, griffen an den Filz, ohne sich vom Sitz zu erheben und lächelten verlegen; nur der vorhin geängstigte Wirt stürzte jetzt aufatmend herzu. „Ah, hochwürdig' Herr Kaplan, das is schön, daß mer dich noch sieht, vor der Reis'. Also moring schon is 's ernst, hör'n wir, moring schon? Na, nit a bissel hereinoehn auf a Abschiedströpferl?"

Der Angeredete war ein kleiner, beleibter, alter Mann, ging in hohen Stiefeln, einem langen Rock von ziemlich grobem Tuche, wie ihn die Dorfschneider für die Landgeistlichen gewöhnlich fertigen, und das Kollare sah gerade nicht sehr reinlich unter dem verschobenen Kragen hervor, das runde, gutmütige Gesicht war von einem breitkrempigen Filzhute, wie ihn die Bauern tragen, beschattet, eine schwarzseidene Kipfelmütze guckte darunter hervor.

„Dank' schön," schnarrte der Kaplan, denn er behielt auch unterm Reden den kurzen Pfeifenstummel, aus dem er qualmte, zwischen den Zähnen. „Bin stark 'gangen und lang kann ich mich nit aufhalten. Steig' seit fruh in der Gegend herum, hab' mir nochmal all's ang'schaut und Abschied g'nommen. Von 'n Leuten hab' ich das nit not, is eh' denen meisten lieb, daß s' mich aus 'm G'sicht krieg'n. Na, geh' ich halt jetzt schön stad nach 'm Pfarrhof und fang' fein sauber langsam zum Einpacken an."

„Nimmst deine Vieher auch mit?" fragte der Wirt.

„Meine Käfer und Schmetterling'? Die Fauna vom ganzen Viertel? Na, die werd' ich doch nit dt lassen?"

„Ei mein, so Schachtel- und Kistelwerk mitschleppen, macht doch a 'mentische* Ung'legenheit."

Diesmal nahm der Kaplan gar die Pfeife aus dem Munde, eh' er den Wirt anfuhr: „Wo d' ein' blauen Teufel vom Wert einer Sach' weißt, red' nit!"

Da kam die Mutter des Wirtes, auf den Stock gestützt, an den Zaun geschlichen. „Na, du," sagte sie, „du bist mir ein schöner hochwürdig' Herr! Mich laßt du da ganz alleinig und gehst in d' Stadt."

„Je, alte Martha, was tust denn du dich hermühen? Grüß Gott! Na, brauchst mer's nit z' neiden; wenn auch nach der Stadt, ins Priesterhaus, in d' Versorgung halt, geh' ich."

„Dös kann ich dir wohl sagen," flüsterte die Greisin, „mir g'schieht völlig hart, daß du gehst. 'm Reden nach, obwohl viel' mit ihm einverstanden sein, weiß ich mich mit 'm Neuchen nit aus, eh' möcht' ich 'n schier fürchten."

„Brauchst kein' Angst z' haben," murmelte der Kaplan, „er is halt noch jung, sein' Jahren sind die unsern wie a Raisel, da muß er erst auch so lang allweil im Kreis h'rumgangen sein, dann begreift er's schon, wie eins müd' wird, hinsitzt und der Welt zuschaut, wie's auch ohne seiner fortkommt. Er wird schon älter werd'n."

„Ja, freilich wird er's amal, aber das erleb' ich nit und wie werd'n mer sich wohl in der Zwischenzeit reden?"

„Laß ihm halt sein' Freud' und red nix dawider."

„Meinst 'leicht, ich soll mer denken, du red'st mer lang gut?"

„Gedanken sein zollfrei."

„Gott verzeih mer d' Sünd', aber d' heilig' Weih' von euch abg'rechnet, da seids Oes wie weltliche Hallodri, einer 'm andern auffässig."

„Jetzt is Zeit, daß ich geh'," sagte der Kaplan und er reichte ihr die Hand. „Na, b'hüt Gott! Mach halt noch dein' Weil' mit und bleib fein riegelsam** dabei. B'hüt Gott, Wirt! B'hüt Gott, Leutelni!" setzte er für die wenigen hinzu, die ihn grüßten. (Fortsetzung folgt.)

* Mentisch, auch höllmentisch, erhöht den Begriff sowohl von Annehmlichkeiten als auch von Unangenehmem. ** Rührig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nicht geschwächt worden, denn der Angeklagte habe in Deutschland bleiben wollen. Ueberdies handle es sich um einfuhrfreies Umzugsgut. Es wäre überhaupt nicht zu einem Strafverfahren gekommen, wenn der Angeklagte nicht unter dem Verdachte des Diebstahls festgenommen worden wäre. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel verworfen. Einfuhrfreies Umzugsgut seien nur gebrauchte Sachen. Das Gesetz bezwecke den Schutz vor der Einfuhr entbehrlicher Waren. Das Verbot sei bedingt vorsätzlich übertreten worden. Es bleibt also bei der festgesetzten Strafe.

Der Autotod

Wegen fahrlässiger Tötung hatten sich der 20jährige Beamtenanwärter Paul Traugott Sperling und der 35jährige Kraftwagenführer Wilhelm Hartwig Trinks zu verantworten. Die beiden machten am 12. August eine kleine Autospritze in der Zeit, in der Trinks auf den Autobesitzer warten mußte. Trinks traute Sperling zu, daß er fahren könne und gestattete diesem, sich an den Führersitz zu setzen. Es ging durch die Schulgutstraße nach dem Terrassenufer und von dort nach dem Schloßplatz. Hier fuhr Sperling über die für die Fußgänger geschaffene Rettungsinsel. Trinks merkte nun, daß Sperling von der Führung des Autos nichts verstand. Als aus dem Georgentor mehrere Wagen herauskamen, kam auch noch ein Hofmannscher Stadtrundfahrtwagen dazu, dessen Führer aber viel Geistesgegenwart besaß und einen Zusammenstoß verhinderte. Sperling bog mit seinem Wagen erst kurz vor dem Georgentor in die Augustusstraße ein. Dadurch wurden die zahlreichen Fußgänger in Gefahr gebracht. Sie konnten sich aber meist retten. Ein 28 Jahre alter Eisenbahngehilfe und eine 49jährige Privata aus Wilmersdorf wurden aber umgerissen. Dem Manne geschah weiter nichts, die Frau wurde überfahren und geschleift. Man brachte sie im Krankenauto nach dem Krankenhaus, wo sie, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, am nächsten Vormittag verstarb.

Vor Gericht gab Trinks an, er habe erst gemerkt, daß Sperling nicht fahren konnte, als das Unglück geschah. Der Vater Sperlings gab an, daß seine Familie erblich belastet sei. Aus dem Gutachten des Gerichtsarztes ging hervor, daß Sperling wohl erblich belastet, aber nicht geistig schwach sei. Der Schutz des § 51 könne ihm nicht zugebilligt werden. Wegen fahrlässiger Tötung erhielt Sperling 8 Monate Gefängnis und Trinks wegen Beihilfe 30 000 M. Strafe oder 200 Tage Gefängnis.

Die Deutschnationale Volkspartei legt Wert darauf, daß wir im Anschluß an den Bericht über ihre zu Essig gewordene Versammlung im Konzerthaus unsern Lesern mitteilen, daß der ursprünglich von einer andern Gesellschaft gemietete Saal des Konzerthauses von der Deutschnationalen Volkspartei durch ausdrückliches Abkommen für diesen Abend gemietet war. Sie fordert diese Mitteilung unter der ganz unbegründeten Berufung auf das Preßgesetz. Für so wichtig hält sie das. Uns und unsern Lesern galt es aber auch ohne diese Mitteilung für hinreichend erwiesen, daß die Dresdner deutschnationalen Volksparteiler die Sache der Deutschvölkischen zu der ihren gemacht haben.

Der Pferdefleischkonsum in Dresden. Während im Jahre 1920 auf dem Schlachthofe in Dresden nur 1286 Pferde geschlachtet wurden, stieg diese Zahl 1921 bereits auf 1660. Im verflossenen Jahre kamen dagegen 2903 Pferde zur Tötung, das ist ein Mehrverbrauch von 75 Proz. in zwölf Monaten. Allein vom Juli (143) bis zum November 1922 (401), also in fünf Monaten, stieg der Pferdefleischkonsum in Dresden fast um das Dreifache. Wie bei jeder Ware, so hat auch beim Roßfleisch die erhöhte Nachfrage eine Steigerung der Preise zur Folge. Die Preise nähern sich immer mehr denen für Rindfleisch. Während man in Dresden im vergangenen Oktober für ein Pfund Pferdefleisch 15—20 M. zahlte, mußte man Ende Dezember 1922 bereits rund 300 M. dafür anlegen. Im Januar stieg der Preis auf 1500—1700 M., und heute muß man für ein halbwegs schönes Lendenstück 2800—3000 M. anlegen. Roßschinken stellt sich jetzt auf etwa 2800 M., während für Knoblauchwurst 2500 M. gefordert werden. Man sieht, auch hier wird die Konjunktur weidlich ausgenutzt und auch bei diesen reinen Inlandsprodukten spielt der allmächtige Dollar eine Rolle. Ein Schlachttier mittlerer Güte ist kaum unter 500 000 M. zu haben (im Dezember 1922 50 000 M.) und in Einzelfällen legt man sogar bis zu einer Million Mark für ein „Schlachtroß“ an. Der wachsende Konsum hat auch zur Folge, daß der Antrieb jetzt zumeist hinter der Nachfrage zurückbleibt.

Wo die Fische bleiben. Fleisch wird immer seltener und seltener auf dem Tische der arbeitenden Bevölkerung. Das ist wirklich kein Geheimnis, und die Sorgen und Bestrebungen der Hausfrau um Fleischersatz sind ernsthaft, angestrengt und drückend schwer. Von Rechts wegen wäre ja nun der Fisch berufen, zum Volksnahrungsmittel zu werden. Doch stehen Preishöhe und Mangel an Zufuhr diesem entgegen. Dabei ist es durchaus kein Geheimnis, daß schon seit langem die besten Fische ins Ausland wandern. Bei den Fischauktionen an der Küste wird für Seezungen usw. überhaupt gleich die Auslandswährung zugrunde gelegt. Für den deutschen Markt werden oft nur Ueberbleibsel gerettet. Wie eben alles, so hängt die Fischversorgung auch mit der Kohlenfrage zusammen. Viele Fischdampfer verfeuern englische Kohlen und diese Dampfer fahren auch nach England, wo ihr Fang bleibt. Man war eifrig bestrebt, eine bessere und billigere Versorgung der deutschen Fischdampfer mit deutscher Kohle durchzuführen. Doch machte der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet diesen Plan zuschanden. Um aber möglichst viel Fische nach Deutschland zu bringen (bei stärkerm Fischangebot fallen die Preise), soll, so schreibt das Volksblatt in Harburg, ein Teil der nach England fahrenden Fischdampfer bei Auferlegung hoher Konventionalstrafen gezwungen werden, deutsche Häfen anzulaufen. Auch stehen Verhandlungen bevor, um die Fischfracht, sie beträgt etwa 80 M. für 1 Pfund, zu senken. Beide Maßnahmen sind von Wichtigkeit, zumal man im Monat März erfahrungsgemäß mit reichen Fischfängen rechnet und der Meeresbewohner, sobald man ihn zu erschwinglichen Preisen bekommt, tatsächlich zum Volksnahrungsmittel werden könnte.

Keine Erhöhung der Mietszuschläge ab 1. März in Leipzig. Ueber die Frage einer Erhöhung der Zuschläge zur Grundmiete vom 1. März d. J. an hat der Rat der Stadt Leipzig nach Anhörung der Vertreter der Vermieter und Mieter im Dreizehnerausschuß in längerer Sitzung beraten. Es ist dabei mit Stimmenmehrheit eine solche Erhöhung mit Wirkung bereits vom 1. März d. J. an abgelehnt worden.

Eine Fahrkarte von 2½ Millionen Mark. Eine Fahrkarte, die mehr als 2½ Millionen Mark kostet, gibt die Reichsbahn vom 1. März an aus. Sie kostet 2 507 000 M. und ist eine Reichsbahnnetzkarte 1. Klasse für 45 Tage. Für 30 Tage kostet sie 1 755 000 M. Eine solche Karte 2. Klasse für 45 Tage ist „schon“ für 1 301 000 M. zu haben. 3. Klasse kostet eine Karte für 45 Tage „nur“ 663 000 M., für 30 Tage 437 000 M. Die Leihgebühr für ein Sitzkissen beträgt dann 1000 M., für eine Garnitur Bettwäsche 2500 M., für ein einzelnes Kopfkissen 500 Mark, das Pfandgeld für ein Sitzkissen beträgt 1000 M.

Unveränderter Gold- und Silberankaufspreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 26. Februar an bis auf weiteres zum Preise von 85 000 M. für ein Zwanzigmarkstück, 42 500 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 26. d. M. an bis auf weiteres zum 1500fachen Betrage des Nennwertes.

Hundesperre im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Da an Hunden in Pillnitz und Pirna die Tollwut festgestellt worden ist, hat die Amtshauptmannschaft für die Gemeinden Pillnitz, Borsberg, Tunnersdorf, Gönnsdorf, Hosterwitz, Kleinzschachwitz(?), Malschendorf, Niederpoyritz, Oberpoyritz, Pappritz, Rockau mit Eichbusch und Helfenberg, Reitzendorf, Söbrigen, Schullwitz, Schönfeld, Wachwitz, Weißig und Faschendorf, sowie die Gutsbezirke Pillnitz (Domäne, Staatsforstrevier und Schloß) und Schönfeld die Festlegung der Hunde bis mit 17. Mai angeordnet. Der Anordnung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

Eisenbahnschmerzen. Am gestrigen Sonntag konnte man wiederum die Beobachtung machen, daß zu wenig Schalter, an denen übrigens auch weibliche Personen Dienst verrichteten, geöffnet waren. Am Sonnabend nachmittags lief der Vorortzug von Tharandt 2 Uhr 10 Minuten wiederum so überfüllt hier ein, daß trotz der Winterkälte viele Fahrgäste auf den Vorderstandplätzen und Trittbrettern Platz hatten nehmen müssen. Wann endlich?

Sonderzüge zur Leipziger Frühjahrsmesse. Zwischen Dresden und Leipzig und zurück verkehren aus Anlaß der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 4. bis 10. März stattfindet, folgende Sonderzüge: vom 2. bis 10. März täglich ab Dresden Hbf. vorm. 6.53, an Leipzig Hbf. vorm. 9.15; vom 3. bis 10. März täglich ab Dresden Hbf. vorm. 10.12, an Leipzig Hbf. mittags 12.38; vom 2. bis 10. März täglich ab Dresden Hbf. mittags 1.46, an Leipzig Hbf. nachm. 4.02. Zurück: vom 6. bis 10. März täglich ab Leipzig Hbf. vorm. 6.40, an Dresden Hbf. vorm. 8.50; vom 6. bis 10. März täglich ab Leipzig Hbf. vorm. 9.14, an Dresden Hbf. mittags 11.29; vom 8. bis 10. März täglich ab Leipzig Hbf. mittags 1.55, an Dresden Hbf. nachm. 4.11; vom 4. bis 10. März täglich ab Leipzig Hbf. nachm. 5.56, an Dresden Hbf. abends 7.57; vom 4. bis 8. März täglich ab Leipzig Hbf. abends 8.40, an Dresden Hbf. abends 10.47.

Wieder einer. Der Feinkosthändler Otto König, hier, Striesener Straße 27, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Betrugs zu verantworten. Der schon wegen Betrugs vorbestrafte Angeklagte wurde angezeigt, weil er auf der einen Seite seiner Wage eine Papierunterlage von 22 Gramm liegen hatte, die seine Kunden stets mit gewogen, dafür aber an Waren weniger erhielten. Um den Anschein zu erwecken, die Käufer erhalten ein recht reichliches Gewicht, ließ König bei jedem Abwiegen die Wage „bumsen“. Wie jedoch durch die Wohlfahrts-

Warum die Zeitungen teurer werden müssen

das kann sich jeder Laie leicht erklären, wenn er bedenkt, daß ein Wagen Zeitungspapier statt früher 2000 M., bereits seit Ende Januar 1923 ungefähr 6 Millionen Mark kostete. Am 1. Februar setzten die Zeitungen zuletzt ihre Bezugspreise demgemäß fest. Am 2. Februar wurde der Preis für Zeitungsdruckpapier verdoppelt. Seitdem wurde infolge der Kohlenpreis- und Frachtenerhöhung der Papierpreis wieder um 2 Millionen Mark erhöht, so daß

innerhalb 4 Wochen

der enorme Papierpreis von etwa 6 Millionen Mark für den Wagen um mehr als das Doppelte,

auf rund 14 Millionen Mark gestiegen

ist. Das bedeutet gegen den Friedenspreis

eine Steigerung von etwa 700 000 Prozent für das Zeitungspapier.

Hierzu kommen wiederum enorme Steigerungen aller Produktionsfaktoren, des Nachrichtendienstes, der Speditionskosten. Infolgedessen sahen sich die Berliner Blätter bereits zu Bezugspreisen von 8000 M. für den Monat, die Wiener Zeitungen, zur Parität umgerechnet, zu Bezugspreisen von 10 000 M. monatlich ohne Zustellungsgebühr gezwungen.

Allein der Fuhrlohn für einen Wagen Zeitungspapier von der Bahn in die Druckerei beträgt heute so viel, wie früher 35 Wagen Zeitungspapier frei Haus im ganzen kosteten. Die Bezugspreise der Dresdner Zeitungen für März bleiben hinter dieser Preisentwicklung erheblich zurück. Die Erhöhungen halten sich in den Grenzen des unumgänglich Notwendigen.

Dresdner Volkszeitung

Dresdner Anzeiger. Dresdner Nachrichten

Dresdner Neueste Nachrichten. Sächsische Staatszeitung.

Die Dresdner Volkszeitung kostet vom 1. März an 4000 M. bei freier Zustellung durch Boten ins Haus.

---

polizei festgestellt wurde, fehlten jedem Käufer 12 bis 14 Gramm am Sollgewicht. König will das Papier nur aus Reinlichkeitsgründen untergelegt haben und bestritt ganz entschieden eine Betrugsabsicht. Das Gericht war jedoch andrer Meinung und verurteilte den Angeklagten wegen Rückfallsbetrugs zu drei Monaten Gefängnis.

Schülerferienkarten. Um Studierenden und Schülern die Möglichkeit zu geben, noch zu den bis zum 28. Februar gültigen niedrigeren Fahrpreisen in die bei einzelnen Hochschulen und Schulen bevorstehenden Semester- und Osterferien zu fahren, ist ausnahmsweise angeordnet worden, daß Schülerferienkarten ohne Rücksicht auf den Tag des Semester- oder Schulschlusses bereits am 28. Februar ausgegeben werden. Da die am 28. Februar zum jetzigen Fahrpreise gelösten Fahrkarten ihre viertägige Gültigkeit behalten, können Studierende und Schüler also bis zum 3. März 1923 noch die billigeren Fahrpreise ausnutzen. Mit den am 28. Februar gelösten Fahrkarten muß die Heimreise aber bis zum 3. März beendet sein. Für alle Studierenden und Schüler, die die Heimreise nicht in der Zeit vom 28. Februar bis 3. März ausführen, verbleibt es bei der Tarifbestimmung, daß die Schülerferienkarten nur 3 Tage vor bis 3 Tage nach dem Semester- oder Schulschluß ausgegeben werden.

Aufbewahrung von Fahrrädern der Inhaber von Zeitkarten. Zur Bezeichnung der bei den Eisenbahnstationen auf Monats- oder Wochenkarten aufbewahrten Fahrräder werden von jetzt an zwei Blechmarken an Stelle der Nummerzettel verwendet. Eine Marke erhält der Reisende, die andre wird mit einem Drahthaken am Rad befestigt. Der Drahthaken kostet 150 M. Die Blechmarken sind nur dann zu bezahlen, wenn sie bei Abholung des Rades nicht zurückgegeben werden können.

Autoraserei. An der Ecke der Wiener und Gellertstraße wurde am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr ein 88 Jahre alter Mann aus Glashütte von einem schnell daherkommenden Automobil umgerissen und am Kopfe erheblich verletzt. Er wurde mit Unfallauto dem Carolahause zugeführt.

Eine Ueberschwemmung gab es am Sonnabend abend gegen 8 Uhr an der Ecke der Antonstraße und der Quer-Allee infolge eines Bruchs an einem Wasserhauptrohre. Durch Abstellen einiger Hauptschieber konnte weiterer Schaden verhütet werden.

8., 26., 27., 29. Volksschule. Vereinigung der Freunde der freien Schule. Der heute abend stattfindende Lichtbildervortrag in der Turnhalle der 29. Volksschule beginnt nicht um 9 Uhr, sondern um 7 Uhr.

Bezirksmieterausschuß Dresden-Neu- und Oppellvorstadt. Dienstag, abends 7½ Uhr, Versammlung der Straßenobleute und Mieterausschüsse des Unterbezirks Oppellvorstadt in Bergers Restaurant, Fritz-Reuter-Straße, Ecke Helgolandstraße. — Bezirksmieterausschuß Pieschen-Trachenberge. 1. Bezirk. Beginn der Mieterschule Dienstag, abends 7 Uhr, in Sauers Restaurant, Trachenberger Straße, Ecke Döbelner Straße. 2. und 3. Bezirk. Beginn der Mieterschule Donnerstag den 1. März, abends 7 Uhr, im Restaurant Grundstein (nicht in der Turnerschänke), Leisniger Straße 12. Anmeldungen für die Mieterschule werden noch an den bekannten Stellen angenommen. — Bezirksmieterausschuß Mickten-Trachau-Uebigau-Kaditz. 5. Unterbezirk (Trachau, zu Postamt 23 gehörig). Heute Montag, 7½ Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant Schloß Moritzburg. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Bezirksmieterausschuß Innere Altstadt. 6. Unterbezirk. Dienstag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Maternihof wichtige Mitgliederversammlung. Alle Obmänner müssen erscheinen.

Dresdner Umgebung

Niedersedlitz. Milchpreise. Die Gemeindebehörde, im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle, hat den Preis für Milch beim Verkauf durch den Kleinhändler an die Einwohnerschaft bei Vollmilch auf 428 M., bei Magermilch auf 214 M. ab 22. Februar 1923 festgesetzt. Der Preis der Milch ab Erzeuger erfährt keine Aenderung. Dieser Preis zuzüglich 2 M. frei Haus gilt auch für die durch Milchhändler eingeführte Milch. Zuwiderhandlungen werden bestraft, auch machen sich diejenigen Verbraucher strafbar, die einen höheren als den bekanntgegebenen Preis zahlen.

Niedersedlitz. Die für morgen Dienstag geplante Gemeinderatssitzung wird auf Dienstag den 6. März 1923 vertagt. — Die örtliche Preisprüfungsstelle für Zucker hat für das Gemeindegebiet den Preis für 1 Pfund Melis- und Raffinade auf 725 M., Puderzucker, Lompen und Brote auf 750 M., Würfelzucker auf 780 M. festgesetzt. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach den einschlägigen Gesetzen mit Geld oder Haft bestraft.

Leutewitz. Heute Montag abend 8 Uhr Elternratsversammlung in der Schule. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Aus dem Parteileben

Schöffen- und Geschworenenkursus

Freitag den 9. März, 16. März und 23. März findet für die Schöffen und Geschworenen der V. S. P. D. sowie für Genossen und Genossinnen, die sich für dieses Amt und diese Fragen interessieren, ein Kursus statt. Lokal: Neustädter Bahnhof, Speisesaal. Beginn: 6 Uhr abends. Genosse Ministerialrat Dr. Schröder behandelt an oben genannten drei Abenden 1. Die deutsche Strafgerichtsverfassung, 2. Der Gang des deutschen Strafverfahrens, 3. Allgemeine Grundsätze des deutschen Strafrechts.

Als Legitimation dient das Parteimitgliedsbuch der V. S. P. D.

Der Bezirksvorstand der V. S. P. D.

*

Für die Lößnitzortschaften sowie den Bezirk Reichenberg findet bei genügender Beteiligung ein Kursus in der Lößnitz statt. Anmeldungen hierzu sind bis 1. März an Genossen Sudik, Sekretariat des 4. Unterbezirks, einzureichen. Von dort erfolgen nähere Mitteilungen.

4. Unterbezirk

Gruppe Pieschen. Frauen. Mittwoch, abends 7½ Uhr, bei Richter, Ecke Mohn- und Markusstraße, Frauenabend. Vortrag des Genossen Heilbut über: Wie kläre ich mein Kind auf? Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Genossinnen erwünscht, da die Tagesordnung reichhaltig ist.

6. Unterbezirk

Löbtau-Plauen. Jungsozialisten. Morgen Dienstag, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Poststraße 15, Vorlesung über die von Rudolf Abraham verfaßte Geschichtsauffassung des modernen Sozialismus. Das pünktliche Erscheinen aller Jungsozialisten ist Pflicht.

Bezirk Cotta. Mittwoch, abends 7 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof Cotta. Genosse Buck spricht über die politische Lage in Sachsen. Außerdem Wahl eines Delegierten zum Landesparteitag. Zahlreicher Besuch dringend erwünscht. — Die Mitglieder der engeren Verwaltung werden gebeten, 6¾ Uhr anwesend zu sein.

Bezirk Cossebaude, Gohlis, Kemnitz und Umgegend. Nächsten Donnerstag, abends 7½ Uhr, wichtige Bezirksmitgliederversammlung in der Talschänke zu Cossebaude. Vortrag über die Regierungsbildung in Sachsen und Wahl eines Delegierten zur außerordentlichen Landesversammlung. Die Beitragskassierer werden ersucht, alle bisher kassierten Beitragsgelder in die Versammlung zwecks Ablieferung mitzubringen.

Kinderschutzkommission Cotta-Briesnitz-Leutewitz. Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, Spieltag in der Schulturnhalle, Hebbelstraße.

Striesen-Blasewitz-Tolkewitz. Dienstag, abends 7 Uhr, Sitzung des Arbeitsausschusses im Restaurant Suezkanal, Glashütter Straße. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Striesen 4. Dienstag Verwaltungssitzung im Schulverlag.

Laubegast. Dienstag, abends 8 Uhr, Frauendiskussionsabend im Restaurant Berthold, Hauptstraße, Ecke Gartenstraße. Vortrag des Genossen Hause: Die Polizei als Freund der Menschheit. Es wird erwartet, daß alle Genossinnen erscheinen. Ebenso sind die Genossen sowie Gäste herzlich willkommen.

Gruppe Naußlitz. Die letzte Mitgliederversammlung brachte uns ein Referat des Genossen Redakteurs Edel über die politische Lage. Er lehnte eine Koalition mit den Rechtsparteien ab, erklärte sich für weitgehende Verständigung mit den Kommunisten und war in letzter Konsequenz eher für Neuwahlen zu haben. Ein Genosse sprach sich für die Koalition mit den Demokraten aus, da die Kommunisten zu keiner ehrlichen Verständigung bereit seien. Die Ausführungen des Referenten fanden bei der Mehrheit Zustimmung. — Im Kreisvorstandsbericht, den Genosse Wolf erstattete, wurde bedauert, daß die Frage der Umgestaltung der Dresdner Kreise nicht eine Klärung gebracht habe. Für die Besetzung der Aemter im engeren Kreisvorstand werden keine neuen Vorschläge gemacht und für die Zeitungskommission wird der Vorsitzende, Genosse Kraftan(?), vorgeschlagen. — Im Punkt Allgemeines werden durch den Genossen Müller, der Obmann des Parteiheims ist, Angelegenheiten des Heims zur Erledigung gebracht. Außerdem forderte Genosse Kühne zum Austritt aus der Kirche auf und Genosse Schneck gab einige Ausführungen über die Jugendweihen und deren Programm.

6. Unterbezirk

In der gestrigen Kreiskonferenz im Felsenkeller ist ein schwarzer Velourhut, gezeichnet A. H., vertauscht worden. Abzuholen bei W. Schubert, Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer(?) Straße 17, 1.

Wettervorhersage für den 27. Februar

Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte

Zeitweise auffrischende Winde. Temperaturzunahme. Regenfälle.

Wetterlage: Die westliche Depression hat sich bedeutend vertieft. Insbesondere über dem Kanal und über Nordfrankreich fällt das Barometer sehr stark. Es wird in unserm Gebiete in zunehmendem Maße Einfluß erlangen, so daß wir zeitweise auffrischende Winde, Temperaturzunahme und regnerisches Wetter zu erwarten haben.

Bei Hautausschlag, Beinschäden

ist San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe ein seit Jahrzehnten bekanntes und wirksames Mittel. Zu haben: Dresden-A., Storch-Apotheke, Mathildenstraße 44, Ecke Pillnitzer Straße. [5012]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Partei und Regierungsbildung

Kreiskonferenz des 4. Unterbezirks

Der 4. Unterbezirk hielt am 24. Februar im Jugendheim Oppellstraße 12 eine Kreiskonferenz ab, um zu dem am 4. März stattfindenden Landesparteitag Stellung zu nehmen. Genosse Elsner begrüßt die Delegierten und wünscht, daß die Meinungen sachlich ausgetragen werden.

Genosse Sudik teilt mit, daß der Landesausschuß beschlossen hat, Extramarken a 100 M. herauszugeben; jedes Mitglied sei verpflichtet, eine Marke zu entnehmen.

Da der Redner zum ersten Punkt der Tagesordnung, Genosse Menke, noch nicht anwesend war, berichtete Genosse Eggert über die bisher stattgefundenen Verhandlungen. Er verweist auf den Erfolg der am 5. November 1922 stattgefundenen Wahlen, besonders in Ostsachsen. Durch Zusammengehen der Linksparteien hatten wir eine sichere Mehrheit im Landtage und dies trat bei der darauffolgenden Wahl des Ministerpräsidenten auch in die Erscheinung. Redner erörtert dann die Vorgänge, die zum Rücktritt der Regierung führten. Nachdem im Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten zweimal ergebnislos verlaufen war, haben die Landesinstanzen beschlossen, einen Landesparteitag über den zu beschreitenden Weg entscheiden zu lassen. Eine Regierungsbildung mit den Kommunisten scheine zur Zeit ausgeschlossen, bei gutem Willen der K. P. D. hätte diese bereits nach dem im November erfolgten Wahlenzustande kommen können, eine Regierung mit den Demokraten habe nur 48 Abgeordnete hinter sich und bilde keine sichere tragbare Fläche. Die Verhandlungen mit der K. P. D. und den Demokraten seien noch nicht abgebrochen; wie die Stellung der beiden Parteien ausfällt, entscheidet sich erst in den nächsten Tagen. Kommt keine Regierung zustande, dann wird der Landtag über den Antrag der Deutschnationalen auf Auflösung des Landtags entscheiden. Aber auch Neuwahlen dürften kein wesentlich andres Resultat in der Zusammensetzung des Landtags zeitigen. Hoffentlich gelinge es bis zum Landesparteitag vollständig Klarheit zu schaffen.

Der unterdessen erschienene Genosse Menke geht, an Eggerts Ausführungen anknüpfend, nochmals kurz auf die bekannte Vorgeschichte der jetzigen Krise ein, schildert die Tätigkeit der Regierung und geht dann ausführlicher auf das Verhalten der Kommunisten ein. In unsrer eignen Partei seien nun zwei Strömungen festzustellen. Ein Teil sei für ein Zusammengehen mit der K. P. D., der andre und nach seiner Meinung der stärkere, für eine Regierung mit den Demokraten. Ein Zusammengehen mit den Demokraten dürfte den Aufstieg der Arbeiterklasse, wenn auch nur auf kurze Zeit, hemmen, denn wir müssen Zugeständnisse machen, da die Demokraten auch von der D. V. P. abhangen. Es sei zu erwägen, ob nicht ein Betriebsrätekongreß für Sachsen einzuberufen sei; nach seiner Kenntnis würde dies auch von Betriebsräten verlangt. Wenn der Betriebsrätekongreß die Forderung der K. P. D. ablehne, sei die nötige Klarheit geschaffen. Eine Landtagsauflösung komme nicht in Frage, aber wir müßten **alles aufbieten, um mit der K. P. D. zur Einigung zu kommen; gelinge dies nicht,** dann können wir sagen, daß von uns alles aufgeboten wurde, dann **bleibe nichts weiter übrig, als mit den Demokraten die Regierung zu bilden.** Er wünscht, daß die Landesversammlung in jenem Sinne entscheidet. (Lebh. Beifall.)

Da schon eine große Zahl Redner vorgemerkt ist, wird die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt.

Müller ist mit Menke einverstanden. Durch Abhaltung eines Betriebsrätekongresses dürfte das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien zueinander ein besseres werden. Die Kommunisten hätten von den 10 Forderungen bereits einige fallen lassen und deshalb erwartet er von den weiteren Verhandlungen ein positives Ergebnis. Von einem Zusammengehen mit den Demokraten sei nichts zu erwarten, auch würde es im Reiche nicht verstanden werden. Wenn mit den Kommunisten keine Einigung möglich sei, bleiben nur Neuwahlen übrig.

Edel wünscht, daß bei den Verhandlungen mit den Kommunisten im weitherzigsten Sinne verfahren werde. Er erhofft von einem Betriebsrätekongreß ein günstiges Ergebnis für die Arbeiterschaft und auch für die Tätigkeit der Genossen im Landtage. Wir müßten auf die Kommunisten einen gewissen Zwang ausüben und die aufgestellten Richtlinien zeigen den Weg, der sich bei gutem Willen zur Mitarbeit finden lassen müsse.

Kühn tritt für eine Koalition mit den Demokraten ein und verweist dabei auf die Wahlen von 1920. Nachdem die frühere U. S. P. bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 einen großen Wahlerfolg erzielt hatte, den Eintritt in die Koalitionsregierung aber ablehnte, ging ihre Stimmenzahl bei den Landtagswahlen im November 1920 gewaltig zurück, dagegen hatte die alte Sozialdemokratische Partei Stimmenzuwachs. Redner geht auf die Mitarbeit der Demokraten während ihrer Regierungszeit näher ein und beleuchtet die Haltung der Kommunisten zu den verschiedenen Gesetzesvorlagen. Es sei vorteilhafter, eine ganze Anzahl Gesetzesvorlagen zu verabschieden, selbst auf die Gefahr etwaiger Zugeständnisse, als diesen gegenwärtigen Zustand andauern zu lassen.

Finsterbusch wünscht, daß der Landesparteitag eine Basis schafft, die die Kommunisten zur praktischen Mitarbeit zwingt. Die Auffassung Kühns, die frühere U. S. P. habe durch ihre Gegnerschaft zur Koalition an Stimmen verloren, sei irrig, denn die Landtagswahlen haben keinen Verlust der sozialistischen Stimmen insgesamt ergeben. Die bürgerlichen Parteien seien unter anderen Voraussetzungen in die Koalition eingetreten. Das Verhalten der Kommunisten im letzten Landtag zeigt, daß sie ebenfalls praktische Arbeit leisten können, auch ihre Taktik müsse in Rechnung gestellt werden. Es muß versucht werden, eine Annäherung der beiden Linksparteien herbeizuführen. Zwei Jahre hätten die Kommunisten die sozialistische Regierung unterstützt und dies müsse auch in Zukunft möglich sein. Der Weg sei durch die Leitsätze der Sozialdemokratischen Fraktion gegeben. Gelinge es nicht, dann haben wir keinen Mitgliederverlust zu befürchten und müssen schließlich eine Regierung mit den Demokraten eingehen. Bei geschickter Handhabung müsse das proletarische Empfinden der Kommunisten zur Einigung führen. **Von einer Auflösung sei nichts zu erwarten.**

Sachs weist darauf hin, daß die Zeitung immer für eine sozialistische Regierung eingetreten sei. Das Verhalten der Kommunisten im Landtag mache das Zusammenarbeiten mit ihnen schwer, trotzdem müsse versucht werden, einen gangbaren Weg zu finden, obwohl die Hoffnung sehr gering sei. Die Einberufung des Betriebsrätekongresses sei Sache der Gewerkschaften; ob das möglich sei, stehe dahin, da die Gewerkschaften den politischen Kampf möglichst ausschalten. Redner zweifelt am guten Willen der Kommunisten, in die Regierung einzutreten, obwohl die Möglichkeit vorhanden ist. Die Auslassungen auf dem Leipziger Parteitag der K. P. D. zeigen dies deutlich. Er wünscht, daß die Verhandlungen mit der K. P. D. Erfolg haben, sollte dies scheitern, dann Koalition mit den Demokraten, aber keine Auflösung.

Hierauf wird die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Genossen Dr. Uhlig, welcher sich ebenfalls für weitere Verhandlungen mit der K. P. D. ausspricht und nur als Letztes ein Zusammengehen mit den Demokraten wünscht.

Barthel, Ottendorf, ist gegen jede Koalition und hofft, daß ein Betriebsrätekongreß die Kommunisten zur Vernunft bringt.

Hängekorb meint, wenn beide Parteien ablehnen, müsse man die Wähler entscheiden lassen. — In gleichem Sinne äußern sich noch die Genossen Ebert und Dobel.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Wegen der vorgerückten Zeit verzichtet Genosse Menke auf das Schlußwort. Genosse Elsner faßt die Debatte dahin zusammen, daß die Meinung der Mehrheit der Delegierten darauf hinauslaufe, **alles zu versuchen, mit den Kommunisten zur Einigung zu kommen, wenn dies nicht gelingt, mit den Demokraten eine Regierung zu bilden.** Nachstehende Anträge werden angenommen:

Antrag 1. Der Landesausschuß und die Landtagsfraktion werden beauftragt, in die Verhandlungs-Kommission Genossen zu entsenden, die den festen Willen zur Bildung einer Kommunistisch-Sozialistischen Regierung in Sachsen haben und demgemäß bis zur äußersten politischen Grenze den Kommunisten Zugeständnisse in Wahrung der sozialistischen Arbeiterinteressen machen, um nichts unversucht gelassen zu haben, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zu vermeiden.

Antrag 2. Der Bezirk Radeberg hat in seiner Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen: eine Koalition nach rechts abzulehnen; mit den Kommunisten erneut in Verhandlungen einzutreten zwecks Bildung einer Regierung, evtl. auch unter Bewilligung von Zugeständnissen.

Als Delegierte zum Landesparteitag werden folgende acht Genossen gewählt: Edel (124), Finsterbusch (99), Ebert (97), Brückner (92), Zeuner (89), Müller (86), Frau Roack (78), Krüger (72). Als Ersatzleute kommen mit den nächst höheren Stimmenzahlen in Betracht: Elsner, Nagel, Kasper, Dr. Uhlig, Gruhle, Bielig, Lehmann und Lange. Weiter erhielten Stimmen die Genossen Anders, Erbe, Irmler und Kästner.

Genosse Elsner schließt die Kreiskonferenz mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen des Landesparteitages im Interesse der Partei ausfallen. Anwesend waren 154 Delegierte, 4 Mitglieder des engeren Vorstandes, außerdem von der Z. C. Genosse Hesse, Bezirksvorstand Eggert und Krause, Redaktion Dr. Sachs und Genosse Kühn als Landtagsabgeordneter.

* * *

Kreiskonferenz des 6. Unterbezirks

Fortsetzung und Schluß

Sonntag den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, wurde die am vorhergehenden Sonntag abgebrochene Konferenz im Saale des Felsenkeller-Restaurants fortgesetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Eggert unsre Angaben im Bericht der ersten Versammlung über die Betriebsvertrauensleute in folgender Weise richtig: In 259 vom Bezirkssekretariat Dresden erfaßten Betrieben amtieren bei 62 088 beschäftigten Personen 1121 Betriebsvertrauensleute, die folgendermaßen politisch organisiert sind: V. S. P. D. 750, K. P. D. 69, bürgerlich 47, unorganisiert 255. 750 Sozialdemokraten stehen also nur 371 Andersdenkende gegenüber.

Hierauf wird die Aussprache über den sächsischen Landesparteitag fortgesetzt.

Liebelt kommt nach Zusammenfassung alles dessen, was von früheren Rednern gesagt worden und nach den allgemein bekannten Stellungen der Kommunisten und Demokraten zu dem Schluß, daß nur mitleidlosen zur Zeit Politik zu machen sei. Neue Landtagswahlen müßten uns neun neue Mandate bringen, wenn sie einen Zweck haben sollen; dieses Resultat ist aber völlig ausgeschlossen.

Moitzner spricht sich gegen jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien aus und behauptet, daß noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft worden sind, um mit den Kommunisten zu einer Übereinkunft zu kommen. Geht das nicht, dann lieber Neuwahlen. Vor diesen wäre aber ein allgemeiner sächsischer Betriebsrätekongreß abzuhalten, der ganz gewiß die Position der Sozialdemokratie stärken werde.

Reuter hält die Demokraten für ebenso schuldig an der jetzigen Situation wie die Kommunisten. Bei einer Verbindung nach rechts scheint dem Redner der Verfall der Partei unausbleiblich.

Fuchs: Es kommt nicht darauf an, was wir wünschen, sondern was möglich ist. Keiner der Redner, die sich mit den Kommunisten vereinigen möchten, hat einen gangbaren Weg gezeigt, mit diesen zu einer Verständigung zu kommen. Die Anschauung der großen Menge der hier Anwesenden und sonstiger für die Kommunisten Begeisterter ist von Gefühlen bestimmt. Da ist viel falsch geleitete Stimmung dabei. Neuwahlen führen nicht zum Ziel.

Scholz befürwortet Neuwahlen, sofern man mit den Kommunisten nicht zu einer Uebereinkunft kommen kann.

Stegura ist gegen die Koalition mit den Bürgerlichen. Nötigenfalls ist er für Neuwahlen.

Bombach wendet sich gegen die Genossen, die mit der Haltung der Zeitung in der Frage der Regierungsbildung nicht einverstanden sind. Die Redaktion habe beide Meinungen zu Worte kommen lassen, um den Genossen ein möglichst klares Urteil zu ermöglichen. Die Sache im Landtage sei von vornherein verfahren worden. Man habe dem dummen Verhalten der Kommunisten viel zu viel Wert beigemessen, auf der andern Seite jedoch sei man auch nicht einen Schritt von der Regierungserklärung Bucks abgewichen. In Thüringen hätten es unsre Genossen klüger angefangen. Der Einberufung eines Betriebsrätekongresses brauchten wir uns nicht entgegenzustellen. Angesichts der kommenden großen Kämpfe und im Interesse der Einigung der Arbeiterschaft müsse versucht werden, unter allen Umständen mit den Kommunisten unter einen Hut zu kommen.

Inzwischen ist eine Resolution von Wünsche folgenden Wortlauts eingegangen:

„Die heutige Versammlung erklärt, daß sie mit der Haltung, die unsre Zeitung in der Frage der Regierungsbildung eingenommen hat, in vielen Punkten nicht einverstanden ist. Sie erwartet vielmehr, daß besonders während der laufenden Unterhandlungen alles unterbleibt, was geeignet sein könnte, die gegenwärtige Spannung zwischen uns und den Kommunisten zu verschärfen."

Völkel tritt für Ablehnung dieser Resolution ein, da sie die Meinungsfreiheit der Redaktion wie der Genossen im allgemeinen beschneiden würde. Er wendet sich gegen Bombach, da die Kommunisten nicht so gutmütig und harmlos sind, wie er es darstellt. Man hat mit den Kommunisten schon seit 1922 immer verhandelt — sie wollen eben nicht mitarbeiten, sie haben nur ein Agitationsbedürfnis. Unser weites Entgegenkommen in der Fraktion hat keine Erfolge gehabt. Sie sind grundsätzlich anders eingestellt. Sie sehen ein, daß sie mit praktischen Arbeiten sich selbst und ihre Phantome aufgeben müßten, deshalb ihr anscheinend ganz vernunftwidriges Verhalten. Redner kritisiert dann noch das intolerante Verhalten der Linksgerichteten auch in der heutigen Versammlung. Die Arbeiterschaft darf sich von den Kommunisten nicht alles gefallen lassen. Sonst verliert sie die politische Reputation.

Es ist eine weitere Entschließung von Geiser eingegangen:

„Die Delegiertenversammlung des 6. Kreises steht auf dem Standpunkt, daß eine Koalition mit den Demokraten unter keinen Umständen eingegangen werden darf."

Größch geht auf die Zeitungsfrage ein. Wünsches Resolution wolle, daß die Regierungskrise einseitig diskutiert werde. Darauf könne sich die Zeitung nicht einlassen, zumal dieser Resolution Beschlüsse der Zeitungskommission entgegen stünden. Außerdem haben über die Haltung der Zeitung nicht ein Unterbezirk, sondern die Zentralinstanzen der Partei zu entscheiden. Es braucht gar nicht mehr darüber gestritten zu werden, daß alles versucht werden müsse, um zu einem Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zu gelangen. **Was aber, wenn alle Versuche mißglücken wie bisher?** Neuwahlen bringen uns aus der Krise nicht heraus und wer sie fordere, müsse auch sagen, was man nach solchen resultatlosen Neuwahlen eigentlich zu tun gedenke! Um diesen Punkt drückten sich die Befürworter der Landtagsauflösung herum und das sei der wunde Punkt ihrer Argumentation. Zweifellos wäre eine Koalition mit den Demokraten die verschleierte Koalition, aber wenn die Kommunisten uns ihre Unterstützung versagen, so stehen wir eben vor der Tatsache, daß eine Mehrheitsbildung mit den Demokraten gesucht werden müsse. Wer das nicht wolle, müsse auch konsequent sein und den Parlamentarismus überhaupt ablehnen.

Liebscher glaubt, daß die Partei Schaden leiden würde, wenn wir mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten. Deshalb wären Landtagswahlen vorzuziehen, wenn mit den Kommunisten kein Zusammenarbeiten möglich ist. Persönlich ist Redner für Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen in allen Vertretungskörpern, aber der Masse müssen wir erst die Unmöglichkeit zeigen, mit den Kommunisten in einem neuen Landtage zu arbeiten. Wenn es dann nicht geht, müssen wir uns eben neu einstellen.

Geiser: Krisenverschärfend hat gewirkt, daß, wie Ristau in Striesen ausführte, ein Teil der Landtagsfraktionsmitglieder den Kommunisten gegenüber sich zu stark ablehnend verhalten hat. Die Neuwahl scheint nicht so gefährlich, da nach dieser eine andre psychologische Einstellung der kommunistischen Masse eintreten und diese die kommunistische Fraktion zu einer praktischen Politik zwingen werde. Mit den Demokraten zusammenarbeitend kommen wir in einen Sumpf und die Kommunisten werden daraus ungeheuren Vorteil ziehen. Darum keine Koalition nach rechts.

Nahmig wendet sich gegen einige unrichtige Ausführungen Fimmens, auf die sich verschiedene Redner berufen haben. Es ist keine Aussicht, mit den Kommunisten zu einem Einverständnis zu kommen, selbst nach der Ansicht der Leipziger Volkszeitung, die deshalb das Zusammengehen mit rechts nicht ablehnt. Die Landtagsneuwahl würde noch 150 Millionen Kosten und dieselbe Situation wieder bringen, in der wir uns soeben befinden.

Buck wendet sich gegen Reuters Ausführungen und stellt die Tatsachen in bezug auf die angebliche Stützung des Reichskabinetts Cuno richtig. Von einer solchen war nie die Rede. Mit den Kommunisten muß es heißen: Bis hierher und nicht weiter! Alle Verhandlungsmöglichkeiten sind erschöpft. **Man will den Parlamentarismus diskreditieren, um die Diktatur zu erlangen.** Der einzige Ausweg ist das Kompromiß mit den Demokraten; es ist zwar der Anfang der großen Koalition, aber es muß einmal positive Arbeit geleistet werden, um aus der jetzigen Stagnation herauszukommen. Auch eine kommunistisch-sozialistische Regierung kann die Verhältnisse nicht meistern. **Neuwahlen werden nur das Vertrauen zur Sozialdemokratie erschüttern.** Die Arbeitskraft der Minister hat auch ihre Grenzen, keiner klebt an seinem Posten, keiner wird es bedauern, wenn er „springen" muß. Aber mit den Kommunisten ist parlamentarisch nicht in Uebereinstimmung zu kommen; sie fürchten die „Verbürgerlichung" ihrer führenden Männer.

Schubert erwärmt sich ganz besonders für Neuwahlen und erhofft viel von der „Bekehrung" der Kommunisten.

Nahmann polemisiert gegen Geiser. Die **Landtagsfraktion ist in ihrer Mehrheit für eine Koalition nach rechts,** weil sie sich überzeugt hatte, daß mit links nichts zu machen ist. Eine Neuwahl wird uns mindestens 500 bis 700 Millionen Papiermark kosten; das Geld wird aber kaum aufzubringen sein — sind doch noch Schulden von der letzten Wahl vorhanden. Aber die Geldfrage ist fast Nebensache gegenüber der Frage, ob das parlamentarische System aufrecht erhalten werden kann. Die Kommunisten wollen es diskreditieren, wir können also nur mit Leuten arbeiten, die es anerkennen.

Darauf wird Schluß der Debatte beantragt und einstimmig angenommen.

Es erfolgen eine Anzahl persönliche Bemerkungen. U. a. stellt Sachs fest, daß das mehrfach kritisierte „Verhandeln nach beiden Seiten" durch die Landtagsfraktion kein solches, sondern nur eine Fühlungnahme durch ausgesuchte Vertrauensmänner gewesen sei.

Fleißner geht im Schlußwort auf die Ergebnisse der Debatte ein. Er hofft mit großer Zuversicht auf einen Umschwung bei den Kommunisten, wenn auch erst eine Reihe von Experimenten gemacht werden müsse. Die Koalition werde uns die Massen abwendig machen. Auf diese Stimmung müsse Rücksicht genommen werden. Die Demokraten wollen und müssen sich an die Deutsche Volkspartei anlehnen. Unter keinen Umständen aber eine Verbindung mit dieser. Redner wendet sich gegen Bethges Behauptung, die Volkspartei sei republikanisch gesinnt. Ueber die Landtagsauflösung müsse eine Abstimmung stattfinden und dann nützt uns doch keine Furcht vor den Wahlen. Ehe Koalition, dann lieber erst die Probe aufs Exempel durch Neuwahl. Was nachher würde, das werden wir dann sehen. Warum sollen wir bei dieser Wahl, die wir nicht verschuldet, nicht Erfolg haben? Wir müssen unsre Selbständigkeit unter allen Umständen wahren. Wenn die Demokraten mit uns eine Mehrheit bildeten, ließe sich über die Koalition nach rechts reden. Wir dürfen auch einen eventuellen Austritt aus der Regierung nicht scheuen; in Oesterreich ist die Sozialdemokratie zur Zeit auch nicht drin. Die Bürgerlichen können die Mitarbeit der Sozialdemokraten nicht entbehren. Sie wird als größte Partei ihren Einfluß behalten. Die Krise muß beigelegt werden von denen, die sie hervorgerufen haben.

Bei der nun erfolgenden Abstimmung über die eingebrachten **Entschließungen wird die Geisers mit großer, die Wünsches mit kleinerer Mehrheit angenommen.**

In eigner Sache

Die geradezu phantastischen Preistreibereien auf dem Papiermarkt und die fortschreitende Steigerung der Herstellungs- und Transportkosten zwingen auch die Dresdner Volkszeitung, ihren Umfang zu beschränken. Das tägliche Sterben alter, eingeführter Zeitungen zeigt, daß sich auch die am besten fundierten Zeitungsbetriebe kaum am Leben erhalten können. In der schlimmsten Lage ist die Arbeiterpresse, hinter der keine kapitalkräftigen Kreise stehen und die auch nicht besonders ertragreiche Inseratengeschäfte macht.

Durch Entgegenkommen und Rücksichtnahme auf diese mißlichen Verhältnisse können die Leser und Parteimitglieder der Arbeiterpresse den Kampf um ihre Existenz wesentlich erleichtern, wenn sie nicht mehr die von bessern Zeiten her gewohnten Ansprüche auf ausführliche Berichterstattung in der Zeitung erheben. Das trifft auf den ganzen redaktionellen Teil, besonders aber auf die Rubrik Aus der Umgebung zu. Es ist bei der allgemeinen textlichen Beschränkung der Zeitung nicht mehr möglich, daß aus den Orten rings um Dresden ausführliche Berichte über Gemeinderatssitzungen, Versammlungen und sonstige Gemeindeangelegenheiten veröffentlicht werden. Solche Berichte sind meist nur für einen verhältnismäßig kleinen Leserkreis von Interesse, während Zehntausenden unsrer Leser der Platz für wichtigere Artikel und Notizen genommen wird.

Das ist um so mehr zu bedauern, als jetzt inner- und außenpolitisch die Presse mit Stoff geradezu überlastet ist. Deshalb können wir in Zukunft nur noch die wichtigsten Beschlüsse aus Gemeinderatssitzungen mitteilen und müssen bei der Berichterstattung ein näheres Eingehen auf den Gang der Verhandlungen in den einzelnen Gemeindeparlamenten unterlassen. Auch bei eingesandten Versammlungsberichten und Zuschriften der verschiedensten Art kann nicht anders gehandelt werden. Selbstverständlich werden wir aber bei Berichten und Zuschriften, deren Inhalt weit über die Ortsgrenze der in Frage kommenden Gemeinden von öffentlichem Interesse ist, von diesen Grundsätzen allgemeiner Art abweichen.

Wir ersuchen unsre Leser und Mitarbeiter in der Umgebung Dresdens, von den uns durch höhere Mächte aufgezwungenen Maßnahmen Kenntnis zu nehmen und dafür zu sorgen, daß auch in dieser schweren Zeit der Dresdner Volkszeitung die Treue bewahrt und ihr neue Leser und Freunde zugeführt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230226/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bezirksangelegenheiten vor dem Dresdner Kreisausschuß

Auf der Tagesordnung standen die Einsprüche der Gemeinderäte Niederlößnitz und Oberlößnitz gegen die Erhebung von Bezirksumlage im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Aus den Darlegungen des Berichterstatters ergab sich, daß die Amtshauptmannschaft im Frühjahr 1922 um die Erlaubnis nachgesucht hatte, die Bezirksumlage unter Abweichung von den Vorschriften des Vollzugsgesetzes festsetzen zu dürfen. Dagegen hat einige Zeit später die Gemeinde Niederlößnitz Einspruch erhoben mit der Begründung, die Bezirksumlage wäre in einer Höhe festgesetzt worden, die sie nicht aufzubringen vermöchte. Da inzwischen die Bezirksumlage bereits genehmigt worden war, mußte der Einspruch als verspätet zurückgewiesen werden. Bald darauf gelangte die Amtshauptmannschaft zu der Ueberzeugung, daß die Einstellungen bei vielen Positionen des Bezirkshaushaltplans infolge der fortschreitenden Geldentwertung sich als zu niedrig erwiesen. Infolgedessen wurde unter Zustimmung des Bezirksausschusses der Ausgaben-Etat um über 12 Millionen Mark erhöht. Hiergegen lag nun Einspruch der Gemeinde Oberlößnitz vor, dem sich die Gemeinde Niederlößnitz angeschlossen hat. Die Amtshauptmannschaft vertritt den Standpunkt, daß die Erhöhung der Bezirksumlage eine neue Umlage darstellt, eine Auffassung, die mit der der beiden Gemeinden übereinstimmt. Letztere führen lediglich an, daß der Bezirk seine Belange nach Belieben feststelle, ein Verfahren, das die Gemeinden in die Lage bringe, ihren kulturellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Für den Bezirk gelten dieselben Grundsätze wie für die Gemeinden. Der Bezirk habe diesen Grundsatz aber verlassen beim Erwerb des Bezirkskinderheims Struppen und der Sechshäusergruppe in Hellerau. Die Verwendung eines Fonds von 850 000 M. für jenen Zweck sei zu beanstanden. Es wird auch bestritten, daß, wie die Amtshauptmannschaft behaupte, sich die Verhältnisse der Gemeinden gebessert hätten. Weiter wurde die Nachforderung von 531 000 M. für Zinsendienst als nicht einwandfrei bezeichnet. Die Amtshauptmannschaft hat dazu erklärt, bei der Summe von 850 000 M. handle es sich um Zinsennachzahlung für vom Reiche übernommene Bezirksschulden, die ordnungsgemäß eingestellt worden sei, und zwar mit Genehmigung des Bezirksausschusses, also auch des Gemeindevorstandes Haus, Niederlößnitz, der dem Bezirksausschuß angehöre. Ordnungsmäßig verwendet und bewilligt worden seien auch die Mittel zum Ankauf von Kleinstruppen. Es handle sich um eine sehr vorteilhafte Geldanlage in Sachwerten, die inzwischen schon erheblich im Werte gestiegen seien. Die dafür gemachten Ausgaben belasteten den Bezirkshaushaltplan überhaupt nicht und die Gemeindehaushaltpläne erst recht nicht. Der Kreisausschuß schloß sich der Auffassung des Berichterstatters an, daß die Einwände der beiden Gemeinden nicht berechtigt sind, und verwarf deshalb die Einsprüche.

Die Sozialabgabenordnung und die Ueberstundenabgabenordnung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt führten zu einer längeren Aussprache. Die erstere entspricht dem Chemnitzer Muster und soll vom Arbeitgeber erhoben werden in Höhe von 5 vom Tausend der vollen Vergütung des Angestellten. Die Ueberstundenabgabe dagegen wird vom Arbeitgeber wie vom Arbeitnehmer erhoben in Höhe von 15 Prozent. Die Abgabe wird nur von genehmigten Ueberstunden erhoben. Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit eigenem Hausstand tritt eine Ermäßigung der Abgabe ein. Der Berichterstatter bemerkte, daß gegen beide Abgaben nichts einzuwenden wäre unter der Voraussetzung, daß sie überhaupt zulässig sind. Dort, wo eine Ueberstundenabgabe erhoben werde, trete eine Befreiung von der Sozialen Abgabe ein. Das Ministerium vertrete jetzt die Ansicht, daß, nachdem der Reichsrat die Chemnitzer Sozialabgabe für unzulässig erklärt hat, der Kreisausschuß in gleichen Fällen auch eine ablehnende Haltung einnehmen müßte. Das Oberverwaltungsgericht wird in der Chemnitzer Sache erst in nächster Zeit entscheiden. Aus diesem Grunde schlug der Berichterstatter vor, vorläufig noch eine abwartende Stellung einzunehmen, dies um so mehr, als der Stadtrat zu Chemnitz gegen die Entscheidung des Reichsrats den Rechtsmittelweg beschreiten wolle. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Sache der Bezirksversammlung wohl vorgelegen, daß diese aber noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat. Da es sich hier um völlig neue Grundsätze handelt, wurde schon aus diesem formellen Grunde beschlossen, beide Abgabenordnungen der Amtshauptmannschaft zurückzugeben mit der Aufforderung, erst noch die beteiligten Organisationen zu hören.

Aus dem gleichen Grunde mußte auch die Beschlußfassung über die Hundesteuerordnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt für die selbständigen Gutsbezirke zurückgestellt werden.

Bezirksausschuß Dresden-Neustadt

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch nachmittag eine öffentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die Erhebung von Zuschlägen zur Landesgewerbesteuer und zur Grundsteuer bis zur Höhe von 25 Prozent für die Gutsbezirke. Es wurde beschlossen, die Erhebung von solchen Zuschlägen der Bezirksversammlung zu empfehlen.

Auf der Tagesordnung stand ferner ein Gesuch der Gemeinde Kötzschenbroda um Vermittlung einer größeren Beihilfe vom Ministerium des Innern für außergewöhnliche Wegebauaufwendungen. Die Gemeinde hat für Instandhaltung ihrer Kommunikationswege im vergangenen Jahre insgesamt 2 120 000 M. aufwenden müssen. Genosse Kamp, Boxdorf, glaubte, daß kleinere Gemeinden verhältnismäßig ebenso hohe, wenn nicht noch höhere Wegebaulasten zu verzeichnen haben, das Gesuch also Konsequenzen haben könne. Gleichwohl wurde beschlossen, dem Gesuche zu entsprechen. — Ein ähnliches Gesuch lag von der Gemeinde Zitzschewig vor. Sie hat 1922 für Wegeunterhaltung 324 000 M. ausgegeben. Auch dieses Gesuch soll befürwortet werden.

Die Verpflegsätze im Gustavheim Niederpoyritz sind auf 500 M. für den Tag festgesetzt worden. Der Bezirksausschuß stimmte dem zu. — Das Unterhaltungsgeld für die fünf Freistellen des Bezirks in der Landesschule Sachsen wurde auf 100 000 Mark erhöht.

Eine weitere Vorlage betraf die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern. Der Kreishauptmannschaft sind für genannten Zweck aus den gebundenen Zuschüssen abermals über 47 Millionen zugeflossen. Die Verteilung an die Bezirke ist wieder an die Bedingung geknüpft worden, daß sie $2/3$ des auf sie entfallenden Betrages zuschießen. Da es im Bezirke 338 Kleinrentner gibt, entfallen auf ihn 3 383 000 M., so daß der Bezirk bzw. die Bezirksgemeinden 1 449 857 M. zu leisten haben. Von dieser letztgenannten Summe sollen die Gemeinden $1/4$ aufbringen, während der Rest (1 087 330 M.) zur Entlastung der Gemeinden auf die Bezirkskasse übernommen werden soll. Auf Vorschlag des Amtshauptmanns Dr. de Guehery wurde nach kurzer Aussprache beschlossen, die Deckungsfrage in der Weise zu lösen, daß der Bezirksbeitrag als besondere Leistung, und zwar als Kleinrentnerhilfe umgelegt werden soll.

Auf eine Beschwerde des Gutsbesitzers Bähr, Borsberg, wegen säumiger Bezahlung des von den Landwirten des Bezirks schon längst abgelieferten Umlagegetreides sagte der Amtshauptmann zu, die Sache weiter zu verfolgen.

Das am Eingang des Keppgrundes gelegene Keppschloß in Hosterwitz ist vor längerer Zeit von einem Ausländer gekauft und für ein Sanatorium eingerichtet, aber als solches noch nicht in Benutzung genommen worden. Zu diesem Zwecke mußten damals auch zwei Wohnungen geräumt werden. Auf eine Anfrage nach dem Sachstande wurde mitgeteilt, daß die Angelegenheit beim Wohnungsverbande und bei der Kreishauptmannschaft liegt. Uebrigens handle es sich um einen Ausländer, der für die notleidende deutsche Bevölkerung schon sehr viel getan habe. Der Eröffnung des Sanatoriums stünden noch einige Schwierigkeiten gegenüber.

Gewerkschaftsbewegung

Illusionäre

In dem stark unter kommunistischem Einfluß stehenden Halle herrschte am Sonntag große Aufregung: die letzten Vorbereitungen wurden getroffen, um den Scharen der Bergarbeiter aus ganz Mitteldeutschland einen feierlichen Empfang zu bereiten, galt es doch, Rats zu pflegen, wie man seinen schlimmsten Gegner, den Bergarbeiterverband, zur Strecke bringen könne. Um die herbeigeströmten Massen unterzubringen, war ein großer Saal bereitgestellt. Erst lange nach der festgesetzten Tagungszeit eröffnete der Vorsitzende die mit großen Hoffnungen und noch viel größerem Lärm einberufene „Partei-Bezirkskonferenz der kommunistischen Bergarbeiter Mitteldeutschlands". Jetzt stellt sich heraus, daß sich das örtliche kommunistische Organ in tiefstes Schweigen über den „prächtigen Verlauf und den glänzenden Sieg über die Amsterdamer" verhält. Wir glauben das gern. Wie uns mitgeteilt wird, sind nämlich von den 152 000 Bergarbeitern Mitteldeutschlands ganze 20 Delegierte zur Befehlsausgabe Moskaus herbeigeströmt, und darunter befanden sich obendrein noch fünf Leute, die Manns genug sind, ohne die Vormundschaft der Kommunisten ihre Angelegenheiten zu regeln. Und das muß der K.P.D. in ihrer Hochburg passieren!

Aber es kommt noch besser. In einem Schreiben der K.P.D., Abteilung Gewerkschaften, Gruppe Bergbau, vom 27. Januar 1923, heißt es über die bevorstehenden Betriebsrätewahlen wörtlich: „Eigene kommunistische Listen können nicht in Frage kommen, da unsre Kraft nicht ausreicht, um eventuellen Ausschlüssen aus dem Bergarbeiterverband den notwendigen Widerstand entgegensetzen zu können. Und in einem weiteren Absatze: „In all den Fällen, wo es uns auf Grund unsrer Schwäche nicht möglich ist, unsre Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf die Liste des Bergarbeiterverbandes zu bringen, müssen unsre Genossen für die von der Union aufgestellten Kandidaten stimmen."

Das teilt die K.P.D. ihren Funktionären vertraulich mit. In ihrer Presse und ihren Versammlungen aber behauptet sie wider besseres Wissen, unmittelbar vor der wirtschaftlichen und politischen Machtergreifung zu stehen. Ob wohl die Kommunisten aus diesen Tatsachen heraus lernen? Wir glauben nicht. Die kommunistischen Führer müssen, wollen sie nicht ohne Anhang dastehen, ihre Anhänger in Illusionen wiegen und dabei schrecken sie vor den verwerflichsten und nur zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse wirkenden Mitteln nicht zurück. Unsern Genossen aber werden die oben geschilderten Vorgänge Material zur Abwehr kommunistischer Hirngespinste und moskowitischer Demagogie sein, wenn sie sich als Stützen der Gewerkschaften aufspielen, indes sie nur Zutreiber der Union sind.

Drohende Arbeitseinstellung in der chemischen Industrie

Der Verband der Fabrikarbeiter schreibt uns: Seit langer Zeit sind die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeitnehmer mit den von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen nicht mehr einverstanden. Für die Zeit vom 16. bis 28. Februar boten die Arbeitgeber einen Spitzenlohn von 1050 M. Dieses Angebot mußte angesichts der großen gesundheitlichen Gefahren, die für die chemischen Arbeiter gegeben sind, und die gegenwärtigen Preisverhältnisse als unzureichend abgelehnt werden.

Auch die in Betracht kommenden Tarifinstanzen konnten eine Einigung nicht herbeiführen. Es steht deshalb zu befürchten, daß demnächst in der chemischen Industrie der Kampf entbrennt, der zirka 20000 Arbeiter in Mitleidenschaft zieht.

Wir bitten deshalb bereits heute, auf die Betriebe der chemischen Industrie besonderes Augenmerk zu richten und ersuchen alle Arbeiter um Solidarität.

Das Rundschreiben der Unternehmer

Vor wenigen Tagen veröffentlichten wir den Inhalt eines vertraulichen Rundschreibens, das angeblich vom Deutschen Arbeitgeberverband für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr herrühre und das uns vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes übermittelt worden war. Dieses Rundschreiben ist von Arbeitgeberseite als Fälschung bezeichnet worden. Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat nun eingehende Ermittlungen angestellt und teilt uns über das Resultat seiner Ermittlungen folgendes mit: Ein jahrzehntelang in der Gewerkschaftsbewegung stehender Angestellter eines andern Verbandes hat dieses Rundschreiben dem Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einer Form mitgeteilt, die an der Echtheit um so weniger einen Zweifel aufkommen ließ, als der Uebermittler bisher als durchaus zuverlässig galt. Das Rundschreiben ist tatsächlich eine Fälschung. Wir haben das Rundschreiben seinerzeit zum Abdruck gebracht, nicht allein, weil es uns vom Deutschen Textilarbeiterverband übermittelt wurde, sondern weil der Geist, der aus diesem angeblichen Rundschreiben sprach, durchaus übereinstimmte mit der Haltung der Unternehmer bei Lohnverhandlungen. Besonders zu Beginn dieses Jahres — das gefälschte Rundschreiben ist vom 21. Januar 1921 datiert — war ganz allgemein die Haltung der Unternehmerorganisationen derart, daß man auf die Absicht, es zu großen Arbeitskämpfen zu treiben, schließen mußte. In dieser Haltung hat sich auch seither leider wenig geändert.

Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Italien

Aus Italien wird uns geschrieben:

Trotzdem die öffentliche Sicherheit, von Rede- und Preßfreiheit ganz zu schweigen, in Italien immer noch eine sehr zweifelhafte Sache ist, beginnen die freigewerkschaftlichen Organisationen mit der Neuorganisation des gewerkschaftlichen Lebens. Der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund hat die Leitung hierzu in die Hand genommen und den Grundsatz aufgestellt, daß jede organisatorische Verbindung mit einer politischen Partei unzulässig sei. In Turin und Genua wurden unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes die Arbeitskammern neu konstruiert und ihr territorialer und sachlicher Aufgabenkreis festgelegt. Es ist bezeichnend, daß sich in diesen beiden ehemaligen Hochburgen des Kommunismus die Mehrzahl der ehemals angeschlossenen Organisationen auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Arbeit wieder zusammengefunden hat.

Achtung, Bauarbeiter! Der am 14. Februar für das Baugewerbe gefällte Schiedsspruch, ist für verbindlich erklärt worden. Die Lohnsätze sind zur Auszahlung zu bringen.

Ausstand der Buchdrucker. Im Bezirk Bergisches Land des Buchdruckerverbandes ist am Sonnabend ein Ausstand infolge Lohndifferenzen ausgebrochen. Es erscheinen daher im ganzen bergischen Lande, Elberfeld, Barmen, Solingen, Schwelm usw. keine Zeitungen.

Die französische Grubenverwaltung im Saargebiet gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Bevölkerung gegen die streikenden Bergleute aufzuhetzen. Sie läßt die Stadt Saarbrücken ohne Beleuchtung, weil sie den nötigen Strom nicht liefern könne. Dabei liefern die Notstandsarbeiter 16 000 Kilowatt, das sind 4000 täglich weniger als vor dem Streik. Die Streikenden wollen die 7 Frank Lohn wiederhaben, die man ihnen abgezogen hat, um das Heer der Agenten für den Saarbund", die französische Schule und jetzt obendrein den französischen Militarismus zu unterhalten. Die Lage im ganzen Saargebiet ist unverändert.

Die Streiklage im Kohlengebiet von Lothringen ist unverändert. Nur etwa 5 Prozent sind in die Gruben eingefahren. In den meisten lothringischen Fabriken ist die Arbeit bedeutend eingeschränkt worden.

Vereinigte Arbeiterjugend

Gruppe Altstadt-Süd. Mittwoch abend 7 Uhr im Jugendheim Ostbahn- Ecke Franklinstraße Vortrag des Genossen Burkhardt über Jugend und Religion. Gäste sind willkommen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Der Bezirkstag des 2. Bezirks vom Arbeiter-Turn- und Sportbund

der am 18. Februar in den freundlichen Räumen des Dresdner Volkshauses stattfand, spiegelte in den Berichten, Referaten und den ausgiebigen Debatten ein getreues Bild geleisteter opfervoller Arbeit im vergangenen Berichtsjahre wider und zeitigte in den gefaßten Beschlüssen und dankbar aufgenommenen Anregungen wertvolle Winke und Erfassungsmöglichkeiten für die Zukunft. Getreu dem Motto: Vorwärts, nicht rückwärts! sei nur ganz kurz das Wesentlichste der Vergangenheit erwähnt. Agitation und tiefgreifende Organisation waren das Leitmotiv für die geschäftliche Tätigkeit, ihre Belohnung in einer prozentual günstigen Mitgliederzunahme findend, letztere auch in Auswirkung des Bundesfestes. Mitgliederbestand 1922 13 895, 1921 10 868. Presse-, Bildungs- und Beitragsfragen waren in den Monaten wirtschaftlichen Niederganges besonders brennend. Der technischen Tätigkeit war durch das Bundesfest der Stempel aufgedrückt. Das Abweichen von den starren Formen brachte der Frauenturnbewegung, dem Fußballspiel und insbesondere der Leichtathletik gute Erfolge. Die Kasse bilanziert mit einem Ueberschuß von 17 370 M. Tiefschürfende Referate über die Aufgaben des Kreistages, über die Jugendpflege und über die Bundesschule von alten, bewährten Genossen wurden mit Aufmerksamkeit entgegengenommen. — Die schwer auf der deutschen Arbeiterklasse ruhende wirtschaftliche und politische Depression findet auch in den Reihen der Arbeiterturner und Arbeitersportler ihren Niederschlag und soll auf dem Kreistage eine außerordentliche Behandlung erfahren in der stolzen Erwartung, daß es, trotz Meinungsverschiedenheit, die „roten Turner" sein werden, die in der vordersten Reihe des Proletariats die errungenen Positionen verteidigen helfen. — „In der Jugend liegt die Zukunft." Unter diesem Leitsatz standen die warmherzigen Ausführungen des Kreisjugendturnwarts, der darin all die Wünsche und Probleme und die gesetzlichen Bestimmungen (das zu erwartende Reichsjugendwohlfahrtsgesetz) unter die Lupe nahm. Mehr Eingehen auf die Psyche des jungen Menschen unter weiser Zurückstellung jeglicher Autokratie — das sollen sich die Führer der Jugend angelegen sein lassen. — Ueber die im Werden begriffene Bundesschule, von der auch in Dresden eine Filiale besteht, verbreitete sich ausführlich der Leiter der hiesigen Filiale und skizzierte Notwendigkeit, Aufbau und Ziel des Instituts. Wie stets, sollen auch hier aus eigener Kraft Wege geebnet, Leiter herangebildet werden, die, mit dem Geist der Neuzeit gehend, die Bewegung stark fundieren. — Nachdem eine Anzahl Anträge vorwärtstreibender Natur Annahme gefunden und die Neukonstituierung des Bezirksrats erledigt war, fand die inhaltreiche Tagung ihren Abschluß. Bereichert an Erfahrungen und gestützt auf wertvolle Anregungen, wird es nun Aufgabe der Delegierten sein, in ihrem Wirkungskreise für restlose Durchführung der ihnen auferlegten ideellen und andern Pflichten sich einzusetzen. Gg. Rothe.

Bühnenschauturnen in Wilsdruff. Der Allgemeine Turnverein hat gestern eine Aufführungsfolge unter dem Motto: Spielende Kinder — Heranwachsende Jugend — Manneskraft und Frauenschönheit. Die Darbietungen, die flott aufeinander folgten und mit einer Gediegenheit zur Schau gebracht wurden, die alle Erwartungen übertraf, sind wert, daß sie eine eingehende Würdigung erfahren. In der morgen erscheinenden Nummer soll das geschehen. Vereinsleitung und Vorturnerschaft verdienen ein Lob für ihre geleistete Arbeit. Auf den reichen wohlverdienten Beifall, der fast allen Aufführungen folgte, können die Mädchen-, Knaben-, Männer- und Frauenabteilungen stolz sein. S.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Possendorf-Wilmsdorf. 1. März, abends 7½ Uhr, Sitzung der Funktionäre und aller Obmänner der Ausschüsse. 3. März, 8 Uhr, Versammlung im Vereinszimmer der Turnhalle. — Hänichen. 3. März, 8 Uhr, Versammlung im Gasthof. — Kaditz. 27. Februar, 9 Uhr, Turnratssitzung. 3. März, 7 Uhr, an Stelle der Vereinsversammlung geselliger Abend im Lamm. — Pieschen. 1. März, 7 Uhr, Vorturnerstunde, Schulturnhalle, Konkordienstraße.

Radebeul 1 — Gleichheit 1 (Teplitz) 1:4

Gesellschaftsspiel auf dem Erfurter Platz. Lebhaft und temperamentvoll auf beiden Seiten setzte das Spiel ein und wurde bis zum Schluß lebhaft durchgeführt. Eine kleine Müdigkeit nach dem dritten Tor war von R. schnell überwunden und führte zu noch schnellerem Tempo. Die Gäste wurden kurz vor Schluß stark bedrängt. R. konnte das wohlverdiente Tor einsenden.

Cotta 2 — Neustadt 1 4:2 (0:1). Beide Mannschaften führten von Anfang bis zum Schluß ein flottes, aber leider etwas zerfahrenes Spiel vor. Das Hin- und Herwogen brachte keiner Partei etwas ein. Nur einmal gelang es Neustadt, in der ersten Hälfte einzusenden. Nach Seitenwechsel, etwas vertrauter mit den Bodenverhältnissen, wurden die Anstrengungen Cottas belohnt. Cotta konnte viermal einsenden, Neustadt nur zwei mal.

3. März Vollsitzung der Berichterstatter in der Frischauf-Schänke. Von 6 bis 7 Uhr Auszahlung und Geschäftliches, von 7 bis 8 Uhr Vortrag.

Faustball. Rähnitz 1 — Weixdorf 1 0:5, Kaditz 3 — Potschappel 1 2:3.

Kraftsport-Vereinigung. Zu den im Bezirk stattfindenden Serienwettkämpfen im Ringen, Heben und Boxen ist jeder Verein verpflichtet, eine Mannschaft beim technischen Kreisleiter Kutschke, Oppellstraße 28, 2., zu melden. Meldeschluß: 1. März. Später angemeldete Mannschaften werden nicht berücksichtigt.

Arbeiter-Radfahrerbund. Abteilungsversammlungen: Altstadt: 2. März in der Frisch-auf-Schänke, Könneritzstraße 17; Cotta: 7. März im Goldenen Anker, Klopstockstraße 40; Kaditz: 1. März in der Baubörse, Homiliusstraße 1; Kemnitz-Stetzsch: 2. März im Lindenhof; Löbtau: 9. März im Bürgergarten; Neustadt: 7. März im Restaurant Kotte, Konkordienstraße 2; Striesen: 13. März im Restaurant zum Landsknecht, Wartburgstraße; Motorfahrer: 6. März in der Frisch-auf-Schänke; Straßenwettfahrer: 10. März in der Frisch-auf-Schänke. — Abteilung Neustadt: 4. März Tourenanfahrt, nachmittags 1 Uhr, vom Abteilungslokal nach Moritzburg. — Die fortschreitende Geldentwertung, die zu einer weiteren Erhöhung der Bundesbeiträge geführt hat, bedingt für März: für männliche Mitglieder 200 M., weibliche Mitglieder 160 M., Jugendliche unter 18 Jahren 120 M.

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden. 28. Februar im alten Stadtverordnetensaale Uebungsabend.

Touristenverein Die Naturfreunde, Dresden. Morgen Dienstag, abends 7 Uhr, findet im Tivoli ein Lichtbildervortrag: Der deutsche Wald, von Herrn Lehrer Melzer statt. Der Reingewinn ist für Jugendherbergen bestimmt.

Briefkasten

A. B., Bannewitz. Die Stundung der Kohlensteuer ist nicht durch das Wirtschaftsministerium, an dessen Spitze Genosse Robert Schmidt, sondern durch das Reichsfinanzministerium bewilligt worden, an dessen Spitze der Zentrumsmann Hermes stand.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Nachmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für Inserate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Komp., Dresden.

Bergmanns Zahnpasta
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt